



Jahresrückblick 2020



Landratsamt Ansbach

Inhaltsverzeichnis

- 1. Landkreisangelegenheiten (ab Seite 1)**
 - 1.1 Besonders erwähnenswerte Ereignisse
 - 1.2 Kreisorgane
 - 1.3 Haushalt und Finanzen
 - 1.4 Personalwesen
 - 1.5 Arbeitssicherheit
 - 1.6 Kreiseinrichtungen

- 2. Kindertageseinrichtungen, Bildung (ab Seite 6)**
 - 2.1 Kindertageseinrichtungen
 - 2.2 Kostenfreiheit des Schulweges
 - 2.3 Ausbildungsförderung
 - 2.4 Schulverwaltung
 - 2.5 Volkshochschule des Landkreises Ansbach

- 3. Kreisheimat- und Kreisarchivpflege (Seite 9)**

- 4. Informationstechnologie (Seite 9)**

- 5. Sozialbereich (ab Seite 10)**
 - 5.1 Sozialhilfe
 - 5.2 Seniorenhilfeplanung
 - 5.3 Jobcenter
 - 5.4 Staatliches Versicherungsamt
 - 5.5 Betreuungsstelle
 - 5.6 Soziale Wohnraumförderung, Wohngeld
 - 5.7 Amt für Jugend und Familie

- 6. Verkehr, Straße, Verkehrssicherheit (ab Seite 23)**
 - 6.1 Kfz-Zulassungsrecht
 - 6.2 Fahrerlaubnisrecht
 - 6.3 Straßenverkehrsrecht
 - 6.4 Kreis- und Gemeindestraßenbau
 - 6.5 Öffentlicher Personennahverkehr

- 7. Umwelt- und Naturschutz, Abfallwirtschaft, Wasserrecht (ab Seite 26)**
 - 7.1 Umwelt- und Naturschutz
 - 7.2 Abfallwirtschaft, Abfallrecht
 - 7.3 Wasserwirtschaft, Wasserrecht

- 8. Baurecht (ab Seite 41)**

- 9. Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung (ab Seite 43)**

- 10. Gleichstellung (Seite 47)**

- 11. Sicherheit und Ordnung (ab Seite 48)**

- 12. Ausländer-, Staatsangehörigkeits- und Personenstandsrecht (ab Seite 52)**

- 13. Gewerbe-, Jagd- und Fischereirecht (Seite 56)**

- 14. Humanmedizin (Seite 57)**

- 15. Gesundheits- und Veterinärwesen (ab Seite 58)**

Jahresrückblick 2020

1. Landkreisangelegenheiten

1.1 Besonders erwähnenswerte Ereignisse

- Am 24. Januar verstarb der langjährige Bürgermeister und Kreisrat Otto Beck aus Burk; er wurde am 30. Januar beigesetzt.
- Im Januar und Februar fand im Landratsamt die Ausstellung „40 Jahre Westmittelfränkische Lebenshilfe Werkstätten GmbH“ statt. Sie zeigte die Lebenshilfe GmbH als einen der großen Arbeitgeber der Region, der zudem als Selbsthilfeorganisation noch ehrenamtlich geführt wird.
- Am 31. Januar wurde der Leitende Schulamtsdirektor Norbert Kriegelstein aus dem aktiven Dienst verabschiedet. Sein Nachfolger in der fachlichen Leitung wurde Herr Dr. Eduard Gradl.
- Die Gesundheitsregion^{plus} lud zum vierten Mal zum Gesundheitsforum ein. Am 4. Februar informierten sich rund 30 Teilnehmer über aktuelle Projekte und über Ergebnisse der Arbeitsgruppen aus dem vergangenen Jahr.
- Am 10. Februar führte das Sturmtief Sabine zu zahlreichen Schäden im Landkreis. Auch das Schuldach der Realschule Heilsbronn wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Es kam zudem zu Schulausfällen.
- Seit Ende Februar ergreift ein fachübergreifender Arbeitsstab des Gesundheitsamtes für Landkreis Ansbach und Stadt Ansbach täglich Maßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus in Landkreis Ansbach und Stadt Ansbach zu verringern. Außerdem wurden eine Bürgerhotline eingerichtet und zahlreiche Informationsmaßnahmen umgesetzt. Es findet ein stetiger Austausch mit anderen Behörden und Einrichtungen statt. Von Telefonkonferenzen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit den mittelfränkischen Landräten und der Regierung von Mittelfranken bis hin zu Vertretern des Rettungs- und Gesundheitswesens.
- Am 4. März fand der erste Gesundheitstag, organisiert von Personalrat und Gesundheitsregion^{plus}, im Landratsamt Ansbach statt. Es gab ein abwechslungsreiches Programm mit Vorträgen, Infoständen und Mitmach-Aktionen zu den Themen Stressmanagement, Ernährung und Bewegung.
- Für ein gemeinsames Vorgehen während der Corona-Pandemie im Landkreis Ansbach, fand am 13. März die erste Telefonkonferenz mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Landkreises statt. Es sollten noch viele folgen.
- Am 15. März fand die Kommunalwahl statt. Die Stichwahl am 29. März wurde ausschließlich als Briefwahl durchgeführt. Gewählt wurden der Landrat, der Kreistag und zahlreiche Bürgermeister/innen sowie Gemeinde- bzw. Stadträte.
- Aufgrund der Corona-Lage wurde am 16. März bayernweit der Katastrophenfall festgestellt. Im Landratsamt Ansbach wurde damit die Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) aktiv und koordinierte verschiedene Maßnahmen, die zu Bewältigung der Situation erforderlich waren. Mitte Juni wurde dieser sog. K-Fall wieder aufgehoben. Erneut wurde der Katastrophenfall für Bayern am 9. Dezember durch Innenminister Herrmann festgestellt.
- Ab 25. März griff der erste Lockdown. Im Landratsamt wurden Stufenkonzepte, Sitzungskonzepte, Hygienekonzepte und Notfallpläne erstellt und stetig weiterentwickelt. Das Gesundheitsamt wurde von anderen Abteilungen massiv unterstützt. Ab dem 27. April galt die Maskenpflicht.
- Die Abschlusssitzung des Kreistages der Wahlperiode 2014 bis 2020 am 24. April musste aufgrund von Corona entfallen.

- Im April konnten die Bürger des Landkreises nur noch nach vereinbarter Terminvergabe persönlich im Landratsamt Ansbach vorsprechen. Zum Schutz aller wurden die Anliegen möglichst telefonisch, per E-Mail oder auf dem Postweg erledigt. Die Räume wurden nur noch einzeln besetzt, der Kantinenbetrieb eingeschränkt, Homeoffice erheblich erweitert und Schichtbetrieb eingeführt. Die Außenstellen der Kfz-Zulassungsstellen in Rothenburg und Feuchtwangen wurden aufgrund der räumlichen Bedingungen vorübergehend geschlossen.

Alle Zusammenkünfte, wie beispielsweise Besprechungen und Veranstaltungen, fanden überwiegend mittels Telefonkonferenz statt, wurden schriftlich durchgeführt oder zeitlich verschoben.

- Am 19. Mai fand die konstituierende Sitzung des Kreistages statt. Es wurde die Besetzung der Ausschüsse, der Zweckverbände sowie sonstiger Gremien beschlossen. Gewählt wurden als Stellvertretender Landrat Herr Hans Henninger, als Weitere Stellvertretende Landräte Herr Stefan Horndasch und Herr Rainer Erdel. Herr Gerhard Siegler wurde neuer Behindertenbeauftragter und Frau Christine Reitelshöfer Integrationsbeauftragte des Landkreises.

Die Kreistagssitzung fand unter strengen Hygieneauflagen statt.

- Im Zuge der Lockerungsmaßnahmen wurde im Juni die Zulassungsstelle am Landratsamt wieder geöffnet, was einen großen Ansturm auf die Zulassungsstelle auslöste.
- Am 23. Juni begrüßte Landrat Dr. Ludwig die neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landratsamt Ansbach. Er zeigte im Gespräch auf, welche Aufgaben Landkreis und Landratsamt haben und wer im Landratsamt für welchen Bereich verantwortlich ist. Einzelne Abteilungsleiter informierten über ihren Fachbereich und erläuterten Berührungspunkte mit den Gemeinden
- Am 25. Juni stellte der Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) dem Landkreis Ansbach zwei Ehrentrikots des 1. FC Nürnberg zur Verfügung, um sich damit symbolisch bei zwei Mitarbeitern des ÖPNV für die geleistete Arbeit während der Corona-Pandemie zu bedanken. Dr. Jürgen Ludwig freute sich sehr, zwei Busfahrerinnen, stellvertretend für sehr viele flexible und verlässliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖPNV, mit den Trikots eine Freude bereiten zu dürfen.
- Die nach der Wahlperiode 2014 bis 2020 ausscheidenden Bürgermeister wurden am 28. Juli im Landratsamt von Landrat Dr. Ludwig verabschiedet.
- Am 30. Juli wurden die aus dem Kreistag ausscheidenden Kreisräte in einer Feierstunde geehrt und verabschiedet. Leider konnte die Verabschiedung nicht – wie üblich – in der letzten Kreistagssitzung der Wahlperiode vorgenommen werden, da diese wegen Corona abgesagt werden musste.
- In der Nacht vom Freitag, den 7. August auf Samstag, den 8. August gingen bei verschiedenen Polizeiinspektionen Bombendrohungen für mehrere Gesundheitsämter in Franken ein. So auch für Ansbach.

Zeitgleich traten ähnlich gelagerte Fälle im gesamten Bundesgebiet auf. Es kam jedoch zu keinerlei ernsthaften Ereignissen.

- Am 17. August wurde im Rahmen einer Feierstunde mit Landrat Dr. Jürgen Ludwig Julia Rank für ihre besonderen Leistungen während der Ausbildung zur Bauzeichnerin am Landratsamt Ansbach ausgezeichnet. Mit einem Notendurchschnitt von 1,0 im Berufsabschlusszeugnis und 1,4 im Prüfungszeugnis erhielt sie den Staatspreis der Regierung von Mittelfranken.
- Vom 1. September bis 5. Oktober waren im Landratsamt Ansbach mehr als 20 Plakate mit über 100 Fotos und Dokumenten zum Thema „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ zu sehen. Die Ausstellung veranschaulichte die historisch prägenden Ereignisse der Jahre 1989/90. Sie erinnerte an den Protest gegen die Fälschung der DDR-Kommunalwahlen, an die Fluchtbewegung im Sommer und die Massenproteste im Herbst, die die SED-Diktatur in die Knie zwangen. Ab 6. Oktober schloss sich für weitere vier Wochen noch die Ausstellung „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“ an.

- Seit 1. September steht für alle Bürger und Bürgerinnen Maximilian Lechler als Pflegeberater für den Landkreis Ansbach zur Verfügung. Der 35-jährige war zuvor als Gesundheits- und Krankenpfleger am Bundeswehrkrankenhaus Ulm tätig. Dienstzeitbegleitend legte er erfolgreich die Prüfung zum Pflegeberater nach § 7 a SGB XI ab und absolvierte im Anschluss seiner militärischen Laufbahn das Studium zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) an der Hochschule für den Öffentlichen Dienst in Hof.
- Am 2. September wurde das im August errichtete Testzentrum für Corona in Schalkhausen in Betrieb genommen.
- Der Rettungshubschrauber „Christoph 65“ aus Dinkelsbühl feierte am 5. September bereits sein fünfjähriges Jubiläum. Der Verbandsvorsitzende des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung, Landrat Dr. Jürgen Ludwig, und Sven Uhmann, Stationsleiter der Luftrettungsstation Dinkelsbühl, bezeichneten die Stationierung von „Christoph 65“ als zukunftsweisende Entscheidung. Durch den Rettungshubschrauber, der nicht in einem Ballungsraum, sondern nahe am Patienten stationiert wurde, ist einer der letzten „weißen Flecken“ im Luftrettungsnetz in Deutschland geschlossen worden.
- Der Landkreis Ansbach brachte mit Schulbeginn ab 8. September Verstärkerbusse zum Einsatz. Diese wurden insbesondere auf den zu Schulzeiten stark frequentierten Linien eingesetzt, um die Besetzungszahlen in den einzelnen Fahrzeugen zu entzerren.
- Vom 11. bis 13. September fand das Partnerschaftstreffen anlässlich der Feierlichkeiten „30 Jahre Deutsche Einheit“ und zur 30-jährigen partnerschaftlichen Verbundenheit des Landkreises zum Erzgebirgskreis im Erzgebirge statt.
- Am 24. September wurde das alljährliche Treffen der Kreisheimatpfleger im Landratsamt durchgeführt.
- Thomas Müller wurde am 23. September für weitere sechs Jahre in seinem Amt als Kreisbrandrat von Feuerwehrkommandantinnen und -kommandanten des Landkreises Ansbach bestätigt.
- Herr Dr. Barrón übernahm am 1. Oktober als Nachfolger von Frau Dr. Lang die Leitung der Abteilung 4 – Bau und Umwelt am Landratsamt Ansbach.
- Im Dezember 2019 wurde durch den Kreistag beschlossen, den Landkreis Ansbach als sog. Fairtrade-Landkreis zertifizieren zu lassen. Im Stadtschloss Herrieden fand dann am 5. Oktober die erste konstituierende Sitzung des Steuerkreises Fairtrade des Landkreises Ansbach unter der Leitung von Kreis-Wirtschaftsförderer Thomas Merkel statt. Hierbei trafen sich Vertreter aus Zivilgesellschaft, Politik sowie Wirtschaft und diskutierten über die Möglichkeiten eines Fairtrade-Landkreises.
- Seit 2. November galt erneut ein Teil-Lockdown mit verschärften Regelungen und Corona-Maßnahmen. Auch im Landratsamt wurden daraufhin alle Konzepte und Hygienemaßnahmen überprüft und erweitert.
- Anfang Dezember haben sich das Landratsamt Ansbach und die Stadtverwaltung Ansbach entschlossen, das vom Freistaat Bayern geforderte Impfzentrum gemeinsam zu betreiben. Ein gemeinsamer Betrieb hat sich bereits beim Testzentrum Schalkhausen bewährt. Das Impfzentrum wurde auf dem Messegelände in Ansbach errichtet. Betreiber ist die Ecolog Deutschland GmbH, welche bereits das Testzentrum in Schalkhausen betreibt.
- Zum 16. Dezember fand der zweite Lockdown statt.
- Vor und während der Weihnachtsfeiertage fand im Landkreis Ansbach und in der Stadt Ansbach eine Testaktion der Hilfsorganisationen unter Federführung des Kreisverbandes des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) statt. Um Heimbesuche während der Feiertage auch kurzfristig zu ermöglichen wurden an insgesamt fünf Standorten kostenlose Schnelltests angeboten.

1.2 Kreisorgane

Insgesamt wurden 30 Sitzungen (2019: 51) mit 134 Beschlüssen (2019: 224) und 2 Kreistagsitzungen (2019: 3) mit 51 Beschlüssen (2019: 27) organisiert, durchgeführt, protokolliert und abgerechnet.

1.3 Haushalt und Finanzen

Der Kreistag hat am 13. Dezember 2019 den Haushaltsplan samt den Wirtschaftsplänen für die Senioren- und Pflegeheime Feuchtwangen und Wassertrüdingen mit allen notwendigen Bestandteilen für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen.

Das Gesamthaushaltsvolumen sinkt im Vergleich zum Haushaltsjahr 2019 um 3 %.

Haushaltsjahr	2019	2020	Veränderung
Verwaltungshaushalt	207,7 Mio. €	206,8 Mio. €	-0,4 %
Vermögenshaushalt	31,6 Mio. €	25,3 Mio. €	-19,9 %
Gesamthaushalt	239,3 Mio. €	232,1 Mio. €	-3,0 %

Im Verwaltungshaushalt liegen die Schwerpunkte unter anderem beim Betrieb der weiterführenden Schulen, der Förderzentren und der beruflichen Schulen. Auch das Gesundheitswesen mit dem Krankenhausverbund, der Gesundheitsregion^{plus} und der Förderung der ambulanten Pflegedienste spielen eine Rolle. Zu den weiteren Aufgaben des Landkreises gehören die soziale Sicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit; aber auch die Jugendhilfe, das Jobcenter sowie die Unterstützung von Kultur und Denkmalpflege sind hier wichtige Aspekte. Der öffentliche Personennahverkehr und der Unterhalt der Kreisstraßen sind ebenfalls nicht außer Acht zu lassen.

Im Vermögenshaushalt konnte die Finanzierung der notwendigen Investitionen für Schulen, öffentliche Einrichtungen und Kreisstraßen sichergestellt werden.

Der Schuldenabbau wurde erfolgreich fortgeführt. Die Verschuldung konnte um 5,3 Mio. EUR abgesenkt werden.

	2019	2020	Veränderung
Schuldenstand (zum 31.12.)	35,1 Mio. €	29,8 Mio. €	-15,1 %

1.4 Personalwesen

Am 31. Dezember 2020 waren beim Landkreis Ansbach insgesamt 1.128 Mitarbeiter (davon 56 beurlaubt) beschäftigt. Der Anteil der Auszubildenden/Anwärter liegt bei 33 Personen und beträgt damit derzeit 2,9 %. Im Einzelnen setzen sich die oben genannten Mitarbeiterzahlen wie folgt zusammen:

Bezeichnung	2019	2020	Veränderung
Kernverwaltung	561	578	3,0 %
Fleischbeschau	40	45	12,5 %
Schulen	64	60	-6,3 %
Senioren- und Pflegeheime	167	174	4,2 %
Staatsbeamte und -beschäftigte	139	197	41,7 % ^{*)}
Straßenunterhalt	56	57	1,8 %
Sonstige	17	17	0,0 %
Gesamt	1.044	1.128	8,0 %

^{*)} Die Veränderung ist coronabedingt durch Neueinstellungen im Contact Tracing Team (CTT).

1.5 Arbeitssicherheit

Die Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der Vorschriften 1 und 2 der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung erfolgte in Kooperation mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit, dem Betriebsarzt und dem Personalrat.

Die Tätigkeit umfasste im Wesentlichen folgende Bereiche:

- Einsatzzeiten- und Terminplanung für den Betriebsarzt
- Kostenabwicklung der betriebsärztlichen Betreuung
- Organisation: Schulungen der Schulhausmeister und „Ersthelfer“ sowie bezüglich des „Umganges mit dem Defibrillator“
- Organisation und Leitung der Arbeitsschutzausschusssitzungen
- Überwachung und Organisation der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen, Arbeitsplatzbegehungen, Gesprächstermine
- Verantwortlich für Erste-Hilfe-Material, inkl. persönlicher Schutzausstattung

1.6 Kreiseinrichtungen

1.6.1 Fertiggestellte Bau- bzw. Umbaumaßnahmen

- Johann-Steingruber-Schule, Staatliche Realschule Ansbach: Generalsanierung Freisportanlagen
- Sebastian-Strobel-Schule Herrieden: Neugestaltung des Pausenhofs
- Staatliches Berufliches Schulzentrum Rothenburg-Dinkelsbühl, Berufsschule Rothenburg: Energetische Sanierung der Flachdächer und Sheddächer am Werkstattgebäude

1.6.2 Im Bau befindliche Maßnahmen

- Ausbau der Netzwerkinfrastruktur an kreiseigenen Schulen
- Errichtung von sechs Elektro-Ladesäulen an kreiseigenen Schulen und Pflegeheimen
- Staatliches Berufliches Schulzentrum Ansbach-Triesdorf: Neubau des Schulgebäudes am Standort Triesdorf mit Photovoltaik
- Staatliches Berufliches Schulzentrum Rothenburg-Dinkelsbühl, Berufsschule Rothenburg: Generalsanierung Hauptgebäude

1.6.3 In Vorbereitung befindliche Maßnahmen

- Dienstgebäude 1 in der Crailsheimstraße 1, Ansbach: Errichtung einer Photovoltaik-Anlage und Instandsetzung Parkdeck
- Markgraf-Georg-Friedrich Realschule Heilsbronn: Generalsanierung Gebäude M
- Staatliche Realschule Wassertrüdingen: Sanierung Wärmeerzeugung und –verteilung
- Teilsanierung des Internatsgebäudes mit Photovoltaik, Mariusstraße, 91522 Ansbach

Für den Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Ansbach wurde das Projektmanagement für den Ersatzneubau der „Integrierten Leitstelle Ansbach“ übernommen. In einem ersten Schritt wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt und die Vergabeverfahren für die an der Planung beteiligten begonnen.

Alle Baumaßnahmen in und an den Senioren- und Pflegeheimen Feuchtwangen und Wassertrüdingen werden fachlich durch das Sachgebiet Hochbau betreut.

Zur Bestandssicherung unserer 81 landkreiseigenen Gebäude wurden im Jahre 2020 2.227.282,37 EUR aufgewendet und Wartungsarbeiten für 433.026,13 EUR durchgeführt.

2. Kindertageseinrichtungen, Bildung

2.1 Kindertageseinrichtungen

	2019	2020	Veränderung
Kindertageseinrichtungen	115	117	1,7 %
davon Kindergärten	105	108	2,9 %
davon Horte	6	6	0,0 %
davon Krippen	4	3	-25,0 %
Plätze für Kinder unter 3 Jahren	1.999	2.113	5,7 %
Plätze für Kinder ab 2,6 Jahren	6.908	7.233	4,7 %

	2019	2020	Veränderung
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Landesmittel)	24,4 Mio. €	26,3 Mio. €	7,8 %
Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im letzten Kindergartenjahr (Landesmittel)	5,0 Mio. €	7,0 Mio. €	40,0 %
Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (Bundesmitten)	1,9 Mio. €	3,0 Mio. €	57,9 %
Elternbeitragsersatz aufgrund Betretungsverbots während Corona-Pandemie (Landesmittel)	-	1,7 Mio. €	- %
Leitungs- und Verwaltungsbonus (Landesmittel)	-	0,4 Mio. €	- %

Fortbildung für das Personal von Kindertageseinrichtungen

Eine zunächst für Mai 2020 geplante und auf Oktober 2020 verschobene Fortbildung mit dem Thema „Wenn Kinder auffallen“ konnte aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden.

Das Jahr 2020 war geprägt von den Auswirkungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Besonders in der Zeit von Mitte März bis in den Frühsommer hinein wurde die originäre Arbeit überlagert von den Aufgaben, Informationen an Träger und Kindertageseinrichtungen weiterzugeben, Daten zu Kindern in Notbetreuung zu erheben, zu erfassen und weiter zu melden und ganz speziell davon, vielschichtige Anfragen von Leitungen, Trägern, Personal und Eltern telefonisch, per E-Mail und schriftlich zu beantworten.

2.2 Kostenfreiheit des Schulweges

Die Gesamtausgaben für die Schülerbeförderung im Jahr 2020 beliefen sich auf ca. 4,8 Mio. EUR (Vorjahr 5,8 Mio. EUR).

	2019	2020	Veränderung
berechtigte Schüler (Klasse 1-10)	6.301	6.204	-1,5 %
ausgestellte Berechtigungsausweise, Fahrkarten und Wertmarken	6.349	6.298	-0,8 %
Fahrtkostenerstattungen	788	604	-23,4 %
Vorausleistung von Eigenanteilen	342	18	-94,7 %
private Kfz-Benutzung	244	231	-5,3 %
Gesamtausgaben Schülerbeförderung	5.769.174 €	4.799.848 €	-16,8 %

2.3 Ausbildungsförderung

Vollzug des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)

	2019	2020	Veränderung
Antragseingänge	465	404	-13,1 %
Gesamtauszahlungsbetrag	1,72 Mio. €	2,76 Mio. €	60,5 %

Vollzug des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG)

	2019	2020	Veränderung
Antragseingänge	622	572	-8,0 %
Gesamtauszahlungsbetrag	1,77 Mio. €	2,70 Mio. €	52,5 %

2.4 Schulverwaltung

Aus dem Bereich Schulen sind für das Jahr 2020 folgende Projekte erwähnenswert:

Fortführung der offenen Ganztagschule

- an der Staatlichen Realschule Heilsbronn (fünf Gruppen)
- am Johann-Sebastian-Bach-Gymnasium Windsbach (zwei Gruppen)
- am Sonderpädagogischen Förderzentrum Herrieden (drei Gruppen)
- am Sonderpädagogischen Förderzentrum Dinkelsbühl (vier Gruppen)
- an der Staatlichen Realschule Ansbach (fünf Gruppen)
- an der Staatlichen Realschule Feuchtwangen (eine Gruppe)
- an der Staatlichen Wirtschaftsschule Dinkelsbühl (zwei Gruppen)
- an der Staatlichen Realschule Herrieden (zwei Gruppen)
- an der Staatlichen Realschule Rothenburg o.d.T. (zwei Gruppen)
- am Reichsstadt-Gymnasium Rothenburg o.d.T. (eine Gruppe - im Schuljahr 2018/19 unterbrochen)

Die pauschale kommunale Kostenbeteiligung des Landkreises Ansbach am Personalaufwand betrug im Haushaltsjahr 2020 für das Schuljahr 2020/21 insgesamt 173.394 EUR (6.422 EUR/Gruppe und Schuljahr).

Digitalisierung

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden im Jahr 2020 im Rahmen des „Sonderbudgets Leihgeräte“ für das „Lernen zuhause“ 777 Schülerleihgeräte (Tablets/iPads/Notebooks) beschafft (Ausgaben: 443.925 EUR).

Die landkreiseigenen Schulen wurden im Rahmen der Förderprogramme „Digitalbudget/iFU-Budget/DigitalPakt 2019-2024“ im Jahr 2020 vor allem mit digitalen Medien (Anzeige- und Interaktionsgeräte, digitale Arbeitsgeräte, mobile Endgeräte) ausgestattet (Ausgaben: 838.174 EUR).

Den ersten landkreiseigenen Schulen wurde ein Glasfaseranschluss bereitgestellt.

2.5 Volkshochschule des Landkreises Ansbach

Das Jahr 2020 stand ganz im Schatten der Corona-Pandemie. Diese hat die Volkshochschule als Träger der Erwachsenenbildung hart getroffen. Dies entspricht dem allgemeinen Trend in allen Volkshochschulen in Bayern.

	2019	2020	Veränderung
Veranstaltungen	1.462	677	-53,7 %
Teilnehmende	17.123	6.364	-62,8 %
Doppelstunden	8.981	3.966	-55,8 %

Die Volkshochschule des Landkreises Ansbach hat 2020 Antrag auf den Rettungsschirm Erwachsenenbildung gestellt und die Antragsbearbeitung für die Dozierenden übernommen.

3. Kreisheimat- und Kreisarchivpflege

Die Heimatpfleger engagieren sich in unserem Landkreis für die Bewahrung und Pflege des heimatlichen Kulturgutes. Die Aufgaben der Heimatpflege sind auf Erhaltung und Gestaltung gerichtet. In der Vergangenheit geschaffene Werte sollen bewahrt und gepflegt werden, Neues soll sich in das Vorhandene einfügen.

Den vielfältigen Aufgaben der Heimatpflege widmen sich in unserem Landkreis neun Kreisheimatpfleger. Sie agierten dabei als wichtiger Ansprechpartner für Themen der Denkmalpflege und Ortsgestaltung, Heimatforschung und Heimatgeschichte, Volkskunst und Handwerk, Natur- und Kulturdenkmale sowie der Brauchtumpflege. Die Heimatpfleger standen u.a. den Kommunen, Vereinen sowie Behörden beratend und unterstützend zur Seite.

4. Informationstechnologie

Administration und Betreuung	2019	2020	Veränderung
Außenstellen	10	10	0,0 %
Drucker	336	341	1,5 %
Fachanwendungen	121	123	1,7 %
Homeoffice-Struktur	45	420	833,3 %
IP-Telefonie	75	155	106,7 %
Laptops/Tablet-PCs	75	80	6,7 %
LBNA-Gemeinden	21	21	0,0 %
Mobile Devices	42	55	31,0 %
PCs	699	735	5,2 %
Schulen	27	27	0,0 %
Schülerwohnheime	2	2	0,0 %
Server	127	132	3,9 %

Durchgeführte Projekte vom Sachgebiet Informationstechnologie

- Ausbau der IP-Telefonie
- Ausbau des Dokumenten-Management-Systems auf weitere Bereiche des Landratsamtes Ansbach
- Ausbau und Erneuerung der Serverstruktur
- Beginn ISIS 12 Sicherheitszertifizierung
- Beschaffung, Implementierung und Rollout neues MS Office System
- Erweiterung des zentralen Speichersystems
- Festlegung Produkte für einen Warenkorb für die Schulen des Landkreises Ansbach und Förderrichtlinienkonforme EU-Ausschreibung
- Implementierung Videokonferenzsystem
- IT-Technische Durchführung der Kommunalwahl
- IT-Technische Unterstützung zur Bearbeitung der Covid-19-Pandemie
- neuer Kassenautomat im Bereich Zulassung
- permanentes Aktualisieren und Anpassen der Sicherheitsstrukturen
- Anzahl wartender Kunden im Zulassungsbereich Online abrufbar

5. Sozialbereich

5.1 Sozialhilfe

Überblick über wichtige Kennzahlen der Sozialhilfeverwaltung

Jahr	2019	2020	Veränderung
eingegangene Anträge nach SGB XII	1.052	1.031	-2,0 %
Hilfe zum Lebensunterhalt	55	43	-21,8 %
Grundsicherung	725	732	1,0 %
davon			
Grundsicherung für Jüngere	357	360	0,8 %
Grundsicherung für Ältere	368	372	1,1 %
Hilfe zur Gesundheit	22	15	-31,8 %
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	8	11	37,5 %
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten § 67 SGB XII	2	7	250,0 %
Bestattungskosten	34	26	-23,5 %
Lastenausgleichsgesetz	2	2	0,0 %
Leistungen an Asylbewerber (Personen)	505	353	-30,1 %
Kriegsopferfürsorge	2	2	0,0 %
Bildungs- und Teilhabeleistungen	534	708	32,6 %

5.2 Seniorenhilfeplanung

a) Förderung ambulanter Pflegedienste

	2019 (Förderjahr 2018)	2020 (Förderjahr 2019)	Veränderung
Antragseingänge	26	26	0,0 %
Gesamtauszahlungsbetrag	300.000 € ^{*)}	300.000 € ^{*)}	0,0 %

^{*)} Im Jahr 2019 wurden insgesamt 309.980,40 € ausgezahlt (Förderjahr 2018: 241.587,00 €, Förderjahr 2019: 68.393,40 €).

b) Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Die Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes wurde im Jahr 2020 abgeschlossen und am 2. Oktober 2020 durch den Kreistag verabschiedet.

Im November 2020 wurde zum dritten Mal der Förderpreis für vorbildliche Seniorenprojekte verliehen. Den Förderpreis für vorbildliche Seniorenprojekte für das Jahr 2019 erhielten Diakoneo KdöR für das Projekt „Miteinander leben und erleben“ – Jahreskreis der Generationen (1. Platz), die Arbeitsgemeinschaft der offenen Ganztageschule Mittelschule Schillingsfürst für das Projekt „Soziales Lernen in Schulfachbereich mit der Einrichtung für Senioren“ (2. Platz) und der Seniorenbeirat der Stadt Dinkelsbühl (3. Platz). Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 EUR für den ersten, 2.000 EUR für den zweiten und 1.000 EUR für den dritten Platz verbunden. Außerdem wurden die Gemeinde Burk und die Stadt Herrieden mit dem Prädikat „Seniorenfreundliche Kommune“ ausgezeichnet.

Die Fachstelle für Seniorenhilfeplanung hat in der Arbeitsgruppe Pflege der Gesundheitsregion^{plus} und der Bezirksarbeitsgemeinschaft Pflege des Bezirks Mittelfranken mitgearbeitet und am Gesundheitsforum der Gesundheitsregion^{plus} teilgenommen. Das Begleitgremium für das Seniorenpolitische Gesamtkonzept hat sich im Jahr 2020 zu einer Sitzung getroffen.

c) Pflegeberatung (seit September 2020)

	2019	2020	Veränderung
telefonische Beratungen	-	159	- %
Beratungen am Landratsamt	-	3	- %
Beratungen im Außendienst	-	11	- %

Im Rahmen der Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes wurde im Jahr 2020 am Landratsamt eine Pflegeberatungsstelle für den Landkreis Ansbach eingerichtet, die Betroffenen und deren Angehörigen eine individuelle, kostenlose und trägerunabhängige Beratung und Hilfe zum Thema Pflege bietet. Des Weiteren wurde der Pflegeberater im Dezember 2020 als Pflegeleiter der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) ernannt und ist in die FüGK-Strukturen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingebunden.

5.3 Jobcenter

Hilfebedürftige – Bedarfsgemeinschaften	2019	2020	Veränderung
Bedarfsgemeinschaften (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	1.279	1.267	-0,9 %
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	1.666	1.628	-2,3 %
Arbeitslose SGB II insgesamt (Jahresdurchschnittswert)	858	929	8,3 %
Arbeitslosenquote insgesamt - nur SGB II (Jahresdurchschnittswert)	0,8 %	0,9 %	12,5 %
arbeitslose Jugendliche U 25 SGB II (Jahresdurchschnittswert)	57	71	24,6 %
Arbeitslosenquote U 25 - nur SGB II (Jahresdurchschnittswert)	0,5 %	0,6 %	20,0 %
finanziell versorgt über das Jobcenter werden (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	2.558	2.428	-5,1 %
Unterbeschäftigungsquote insgesamt – nur SGB II (Jahresdurchschnittswert)	1,0 %	1,0 %	0,0 %

Integrationsarbeit des Jobcenters (aktive Vermittlungsarbeit)	2019	2020	Veränderung
Zugänge an Arbeitslosen (Jan. - Dez.)	2.143	1.895	-11,6 %
Integrationen auf den ersten Arbeitsmarkt (vorläufiger Wert; Berichtsmonat November)	552	389	-29,5 %

durchschnittliche Leistungen an die Bedarfsgemeinschaften	2019	2020	Veränderung
durchschnittliche Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft (Durchschnittswert Jan. - Sep.)	828 €	852 €	2,9 %

Kostenentwicklung passive Leistungen	2019	2020	Veränderung
Summe passive Leistungen kumuliert für das Gesamtjahr (Bundesanteil: Ausgaben - Einnahmen)	7,7 Mio. €	8,0 Mio. €	3,9 %
Summe kommunale Leistungen (Kosten der Unterkunft, einmalige Leistungen) kumuliert für das Geschäftsjahr (Ausgaben - Einnahmen)	3,9 Mio. €	4,2 Mio. €	7,7 %

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit 2020

- Anpassung der internen Prozesse auf die Anforderungen der Corona-Pandemie (u.a. Einrichtung einer eigenen Jobcenter-Hotline und Genehmigung vermehrter Homeoffice-Arbeitsplätze)
- Aussetzung des Zielnachhaltedialogs durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales aufgrund der Corona-Pandemie
- Bewerbstellung einer deutlich vermehrten Anzahl an Erstberatungen durch die jobcenterinterne Bündelung von Kräften (hier vermehrt Verweis auf andere vorrangige Leistungsträger)
- Durchführung von etablierten aktivierenden Maßnahmen unter Berücksichtigung der durch die Corona-Pandemie entstandenen Rahmenbedingungen
- Einführung der E-Akte im 1. Quartal 2020
- Fortführung der Mobilitätsförderung im flächengrößten Landkreis Bayerns zur Überwindung regionaler Standortnachteile
- Reduzierung des Umfangs der jobcenterinternen Intensivbetreuung und -beratung für Kunden mit multiplen Vermittlungshemmnissen (Sozialcoaching) ab Herbst 2020 aufgrund angekündigter drastischer Mittelkürzungen für das Jahr 2021
- Weiterführung der guten Zusammenarbeit mit anderen bayerischen Optionskommunen, dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Spitzenverbänden in elektronischer Form unter Nutzung neuer Formate
- Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Ansbach-Weißenburg und dem kreiseigenen Jugendamt im Rahmen der „Jugendberufsagentur“

5.4 Staatliches Versicherungsamt

Sozialversicherungswesen

	2019	2020	Veränderung
Amtshilfe/Auskünfte	238	184	-22,7 %
Kontenklärungen (Versorgungsausgleich)	20	17	-15,0 %
Rentenanträge	26	22	-15,4 %
Versicherungen an Eides Statt	0	1	- %
sonstige Anträge	120	147	22,5 %

Vollzug der Bußgeldvorschrift des § 121 SGB XI (Pflegerversicherungsgesetz)

	2019	2020	Veränderung
Anhörungen	128	79	-38,3 %
Bußgeldbescheide	82	50	-39,0 %
Einstellungen	68	30	-55,9 %
Rücknahmen/Gerichtsverfahren	3	3	0,0 %
Verwarnungen	22	15	-31,8 %
Zuständigkeitswechsel	5	1	-80,0 %

5.5 Betreuungsstelle

Sozialversicherungswesen

Vollzug des Betreuungsbehördengesetzes (BtBG)

	2019	2020	Veränderung
Anzahl der laufenden Betreuungen	2.396	2.386	-0,4 %
davon			
Behördenbetreuer	0,00 %	0,00 %	- %
Berufsbetreuer	31,84 %	33,07 %	3,9 %
ehrenamtliche Betreuer	63,23 %	61,74 %	-2,4 %
Vereinsbetreuer	3,71 %	4,11 %	10,8 %
sonstige Betreuer	0,22 %	1,08 %	390,9 %

Einzelfallbezogene Aufklärung und Beratung sowie Beglaubigungen

	2019	2020	Veränderung
allgemeine betreuungsrechtliche Beratung	528	418	-20,8 %
Beglaubigungen	543	305	-43,8 %

Unterstützung der Betreuungsgerichte

	2019	2020	Veränderung
Bestandsverfahren	329	303	-7,9 %
Neuverfahren	387	342	-11,6 %
Unterbringungsverfahren	19	16	-15,8 %
Vorführung zur Anhörung/Begutachtung	0	1	- %
andere Verfahren	59	45	-23,7 %

Beratung und Unterstützung von Betreuern und Bevollmächtigten

	2019	2020	Veränderung
Beratung und Unterstützung	249	248	-0,4 %
Einführungs- und Fortbildungsveranstaltungen	3	2	-33,3 %
Vollzugshilfe FamFG	19	16	-15,8 %

5.6 Soziale Wohnraumförderung, Wohngeld

Wohnraumförderung

	2019	2020	Veränderung
Förderung nach dem Bayerischen Wohnungsbauprogramm			
Vorhaben	132	57	-56,8 %
Gesamtdarlehensbetrag	6.996.600 €	2.871.100 €	-59,0 %
Familien	112	56	-50,0 %
Kinderzuschüsse insgesamt	1.000.000 €	595.000 €	-40,5 %
Kinderzuschuss pro Kind beträgt	5.000 €	5.000 €	0,0 %
Zweiterwerbszuschüsse, Ersatzneubauten, Konversionsflächen			
Familien	84	47	-44,0 %
Zuschüsse insgesamt	1.984.800 €	2.894.500 €	45,8 %
Förderung nach dem Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm Doppelförderung			
Vorhaben	86	41	-52,3 %
Gesamtdarlehenssumme	6.390.100 €	2.894.500 €	-54,7 %
Förderung nach dem Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm ohne Maßnahmen der Doppelförderung			
Vorhaben	13	3	-76,9 %
Gesamtdarlehenssumme	1.429.000 €	629.800 €	-55,9 %
Förderung von Anpassung von Wohnraum an die Belange von Menschen mit Behinderungen			
Vorhaben	31	32	3,2 %
Zuschusssumme	155.700 €	147.000 €	-5,6 %

Wohnbindungsrecht (WoBindG)

	2019	2020	Veränderung
Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen	13	18	38,5 %

Wohngeld

	2019	2020	Veränderung
Antragseingänge			
Mietzuschuss	1.014	1.626	60,4 %
Lastenzuschuss	66	89	34,8 %
Gesamt	1.080	1.715	58,8 %
Aufwendungen			
Mietzuschuss	667.749,99 €	1.084.911,38 €	62,5 %
Lastenzuschuss	55.782,00 €	57.501,00 €	3,1 %
Gesamt	723.531,99 €	1.142.412,38 €	57,9 %
Anzahl der Wohngeldzahlfälle			
Mietzuschuss	553	752	36,0 %
Lastenzuschuss	34	31	-8,8 %
Gesamt	587	783	33,4 %
Bescheide			
Mietzuschuss	1.116	1.322	18,5 %
Lastenzuschuss	63	66	4,8 %
Gesamt	1.179	1388	17,7 %

5.7 Amt für Jugend und Familie

a) Bündnis für Familie im Landkreis Ansbach

PROJEKTTEAM FAMILIE

Es fand ein Treffen des PROJEKTTEAMS FAMILIE am 27. Oktober 2020 statt. Der Corona-Situation geschuldet, fanden keine Treffen der Projektgruppen statt.

Ehrenamtskarte

Im Bündnisbüro wurden seit 2013 rund 15.387 Anträge auf die Bayerische Ehrenamtskarte bearbeitet. Hiervon wurden 11.254 blaue und 4.153 goldene Ehrenamtskarten ausgegeben.

Derzeit unterstützen 121 Akzeptanzpartner die Ehrenamtskarteninhaber durch Rabatte und Vergünstigungen.

Der Ehrenamtsabend 2020 konnte aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden.

Projekt „Haus der kleinen Forscher“

Seit 2011 ist das Bündnis für Familie im Landkreis Ansbach ein lokales Netzwerk der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“.

94 der insgesamt 116 Kindertageseinrichtungen (inkl. 4 Krippen) nehmen regelmäßig an den „Workshops - Haus der kleinen Forscher“ teil.

Seit Frühjahr 2016 wird das Fortbildungsangebot auch für Grundschullehrkräfte angeboten. In guter Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt im Landkreis und in der Stadt Ansbach werden die Grundschulen unter anderem bei Schulleiterdienstbesprechungen über die Initiative „Haus der kleinen Forscher“ und das Fortbildungsangebot informiert. Die Schulungstermine werden auch in der Fortbildungsdatenbank FIBs (Fortbildung in bayerischen Schulen) sowie in gedruckter Form vom Staatlichen Schulamt veröffentlicht. Mittlerweile nehmen 30 Grundschulen (von 47 im Landkreis Ansbach), eine private Montessori-Schule, zwei Förderzentren, eine schulvorbereitende Einrichtung, eine Mittagsbetreuung, zwei Horte

und eine Fachakademie für Sozialpädagogik mit großem Interesse an den „gemischten Workshops“, das heißt Erzieher/innen und Lehrkräfte werden zusammen geschult, teil.

Im Fortbildungsjahr 2020 fanden folgende Workshops statt:

- BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) - Tür auf „Mein Einstieg in Bildung für nachhaltige Entwicklung“ am 3. Januar 2020
- Forschen zu Klängen und Geräuschen am 11. Februar 2020
- MINT ist überall (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) am 28. Januar 2020

Weitere, für Frühjahr und Herbst geplante Workshops, mussten wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Via E-Mail-Newsletter werden die Aktiven informiert. Der Situation angepasst wurden Onlineseminare zum Haus der Kleinen Forscher beworben und auch genutzt.

Online-Fortbildungsangebot der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“

Das Trainerteam, die Netzwerkkoordinatorinnen und Interessierte können das Online-Fortbildungsangebot der Stiftung nutzen und mit kostenlosen Schulungen im „Haus der kleinen Forscher – Campus“ ihr Wissen erweitern bzw. auf dem Laufenden bleiben. Das Zusatzangebot der Stiftung ersetzt nicht die Präsenzfortbildungen des Netzwerks, bringt aber eine Unterstützung für den täglichen Arbeitsalltag. Im Trainerteam des Netzwerks sind derzeit drei Fortbildungsleiterinnen aktiv.

Fotowettbewerb zum bundesweiten Aktionstages „Tag der kleinen Forscher 2020“

Am bundesweiten Aktionstag 2020 hat sich das Bündnis für Familie mit einer Mitmachaktion beteiligt. Unter dem Motto „Von der Quelle bis ins Meer“ hat das Bündnis Kindertageseinrichtungen, Familien, Horte und Grundschulen aufgefordert mitzumachen und ein Foto einzusenden, auf dem zu sehen ist, wie mit Kindern geforscht wird. Sieben Einsender haben sich daran beteiligt und bekamen als Dankeschön ein Überraschungspäckchen zum Forschen zugesandt.

Campusgruppe „Landkreis Ansbach“

Im November 2020 wurde die Campusgruppe „Landkreis Ansbach“ gegründet. Die Campusgruppe ist für alle, die im Landkreis Ansbach Interesse am Forschen mit Kindern haben und sich gerne darüber austauschen möchten. In der Gruppe sind Trainer/innen, Netzwerkkoordinator/innen sowie alle Aktiven im Landkreis Ansbach willkommen.

Familienpaten

Das Projekt „Familienpaten“ des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Ansbach wurde wieder unterstützt.

Familienfonds

Vom Bündnis für Familie im Landkreis Ansbach werden Kosten für freizeitpädagogische Betreuung schulischer Art gefördert.

Aktionslandkarte „Kinderbetreuung und mehr auf einen Blick“

Über 150 Standorte mit Kontaktdaten von Kinderbetreuungseinrichtungen im Landkreis Ansbach und in der Stadt Ansbach wurden auf der Aktionslandkarte für einen schnellen Überblick erfasst. Auch die Krankenhäuser und Kliniken im Landkreis Ansbach und der Stadt Ansbach sind unter www.familienLANDkreis.de abzurufen.

Elterntalk

Eltern aus verschiedenen Herkunftsländern treffen sich zum gemeinsamen Austausch rund um die Themen Medien, Konsum, Erziehung und Suchtprävention. Begonnen wurde mit dem Elterntalk erstmals in Feuchtwangen. Mittlerweile finden Elterntalks auch in Rothenburg o.d.T. und Dinkelsbühl statt.

Öffentlichkeitsarbeit

Seit Juni 2020 erscheint die Homepage des Bündnisses für Familie im neuen Design.

Am 10. Dezember 2020 fand eine offizielle Spendenübergabe der Sparkassenstiftung an das Bündnis für Familie statt. Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Ansbach übergab die Spende.

b) Jugendarbeit

Jugendkulturtage

Für die 28. Jugendkulturtage 2020 war der Zeitraum vom 21. Oktober bis 7. November geplant. Die Veranstaltungsreihe wurde am 21. Oktober 2020, mit entsprechendem Hygienekonzept, offiziell von Herrn stellvertretenden Landrat Henninger im Evangelischen Gemeindehaus Burk eröffnet. Von 17 Veranstaltungen konnten sieben stattfinden. Alle für November geplanten Veranstaltungen mussten dann leider abgesagt werden.

Buchausstellung

Vom 29. Juni bis 27. Juli 2020 war die Buchausstellung "Gemeinsam für die Zukunft" ein Bildungsprojekt zur Leseförderung für junge Menschen geplant. Die Ausstellung musste wegen der Corona-Pandemie leider abgesagt werden. Ersatzweise wird die Ausstellung ab 2021 für interessierte Büchereien im Landkreis Ansbach zur Verfügung stehen.

Spielmobil 2020

Die traditionelle Spielmobilrunde durch den Landkreis Ansbach musste in diesem Jahr ebenfalls abgesagt werden.

Ferienprogrammatalog 2020

Aus dem Ferienprogrammatalog konnten 67 % der Angebote in 15 Gemeinden unter entsprechend ausgearbeiteten Hygienekonzepten durchgeführt werden.

Ergänzend fanden zusätzliche Angebote der Kommunalen Jugendarbeit wie ein "Ferienprogramm to go" und die Aktion "Ferienfilmkoffer 2020" guten Anklang bei den Gemeinden.

Zusätzliche Beratung wurde durchgängig begleitend angeboten und von vielen Gemeinden angenommen. So konnte ein durchaus erfreuliches Ferienangebot umgesetzt werden.

Geschlechtersensible Mädchen- und Jungenarbeit

Als generationsübergreifendes Projekt wurde anlässlich des internationalen Frauentages eine Theaterabendveranstaltung organisiert. Vorangestellt war ein Workshop, bei dem Jugendliche des Theatervereins Burgoberbach szenische Ausschnitte zum Thema „Frau sein“ mit einer Theaterpädagogin einstudierten. Dies erfolgte in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle.

Der „Koffer der Vielfalt“ wurde im Landkreis initiiert. Der Medienkoffer beinhaltet hauptsächlich Bücher, welche die Themen Gleichberechtigung, Sexualität, Inklusion u.v.m. behandeln. Der Koffer kann von allen Kindertagesstätten und Fachkräften aus der Kindertagespflege über die Kommunale Jugendarbeit entliehen werden. Dies erfolgte in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle.

Anlässlich des internationalen Mädchentages am 11. Oktober 2020 wurde gemeinsam mit der Gleichstellungsstelle eine „Takeover“ Aktion durchgeführt. Ein Mädchen aus dem Landkreis konnte an diesem Tag Herrn Landrat Dr. Ludwig begleiten. Zeitgleich konnte in der Realschule in Herrieden die Plakatausstellung #wirsinddiehaelfte besichtigt werden.

Präventionsarbeit

In Gymnasien, Real- und Mittelschulen wurden drei Selbstbehauptungskurse gefördert.

Die Mitarbeit im Arbeitskreis Prävention verlangte aufgrund eines neuen Projektes intensive Beteiligung der Kommunalen Jugendarbeit. Es werden zum Schulhalbjahr 2021 Plakate zu verschiedenen Themen, wie bspw. Alkohol- und Drogensucht, Stress Zuhause etc. an den Schulen verteilt. Die Plakate wurden in Zusammenarbeit mit der Hochschule Ansbach erstellt.

Mitmach-Aktionen

Es wurde eine Mitmach-Aktion in Jugendzentren gefördert.

Jugendhilfeplanung

Die Ergebnisse der Jugendbefragung wurden ausgewertet und dem Arbeitsausschuss des Jugendhilfeausschusses vorgestellt. Es wurden Überlegungen angestellt, wie mit dem Datensatz zu verfahren ist und erste Vorbereitungen für die Maßnahmen- und Zielplanung getroffen.

c) Kinderschutz

	2019	2020	Veränderung
Inobhutnahmen	48	34	-29,2 %

d) Fachdienst Trennung, Scheidung, Familiengerichtshilfe

Die Aufgaben des Fachdienstes umfassen die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung nach §§ 17 und 18 SGB VIII sowie die Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten nach § 50 SGB VIII.

Gerichtliche Mitwirkung

	2019	2020	Veränderung
Zahl der gerichtlichen Verfahren insgesamt	290	251	-13,4 %
Regelung der elterlichen Sorge inkl. Abänderungen der elterlichen Sorge	141	115	-18,4 %
Regelung zur Ausgestaltung des persönlichen Umgangs (Umgangsrecht)	90	89	-1,1 %
Mitwirkung bei Verfahren im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes/Zuw. Ehewohnung	32	30	-6,3 %
Ausgestaltung des gemeinsamen Sorgerechts	17	6	-64,7 %
Verfahren vor dem Oberlandesgericht	10	11	10,0 %
Teilnahme bei gerichtlichen Anhörungsterminen	202	146	-27,7 %

Beratung

	2019	2020	Veränderung
Anzahl der beratenen Familien (beinhaltet das gesamte Spektrum von längeren einmaligen telefonischen Beratungen sowie längerfristige intensive Beratungen mit mehreren persönlichen Gesprächen und Vermittlung)	512	554	8,2 %
Anzahl der Beratungsangebote nach Mitteilung des Familiengerichtes	310	278	-10,3 %

e) Entwicklung der Fallzahlen in einzelnen Bereichen der Jugendhilfe

Heime und Vollzeitpflege

Die Jahresgesamtfallzahl der Heimunterbringungen konnte trotz Einschränkungen durch die Pandemie relativ stabil gehalten werden.

Heimunterbringungen (zum Stichtag 31.12.)

	2019	2020	Veränderung
Hilfe zur Erziehung	25	20	-20,0 %
Eingliederungshilfe	27	18	-33,3 %
Hilfen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII	0	1	- %
Hilfen nach § 27 Abs. 2 SGB VIII	3	4	33,3 %
Mutter/Vater-Kind-Unterbringung	5	1	-80,0 %
Hilfe für junge Volljährige	18	18	0,0 %
Gesamt	78	62	-20,5 %
Jahresgesamtfallzahl	109	98	-10,1 %

Zusammenstellung der Zahlen der Kinder und Jugendlichen, welche in Heimen, Pflegefamilien sowie in heilpädagogischen Tagesstätten untergebracht sind:

	2019	2020	Veränderung
Heime	78	62	-20,5 %
Vollzeitpflege	118	130	10,2 %
heilpädagogische Tagesstätte	32	28	-12,5 %

Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern

	2019	2020	Veränderung
Heime	31	27	-12,9 %
Vollzeitpflege	2	1	-50,0 %
ambulante Hilfen	21	7	-66,7 %
betreutes Wohnen	1	2	100,0 %

Ambulante Hilfen

Ambulante Erziehungshilfen des Amtes für Jugend und Familie werden frühzeitig genutzt. Ein frühzeitiger ambulanter Hilfeansatz bietet die Chance Heimerziehung zu vermeiden.

	2019	2020	Veränderung
Hilfen in Notsituationen nach § 20 SGB VIII Jahresgesamtfallzahl	1	5	400,0 %
begleitete Umgänge nach § 18 Abs. 3 SGB VIII (teilweise geschätzt!)	8	19	137,5 %
ambulante Hilfen nach § 27 Abs. 2 SGB VIII	17	20	17,6 %
Erziehungsbeistandschaften	52	46	-11,5 %
Hilfe für junge Volljährige – Erziehungsbeistandschaften	11	15	36,4 %
Betreuungsweisungen	19	11	-42,1 %
Sozialpädagogische Familienhilfen (SpFH) Stichtag 31.12.			
betreute Familien	114	131	14,9 %
Anzahl der Kinder	275	294	6,9 %
Jahresgesamtfallzahl			
betreute Familien	184	200	8,7 %
Anzahl der Kinder	427	421	-1,4 %

Fallzahlenzunahme im ambulanten Bereich mit weiter steigender Tendenz.

Ambulante Eingliederungshilfen

	2019	2020	Veränderung
nach § 35a SGB VIII für seelisch behinderte Kinder			
Stichtag 31.12.	103	131	27,2 %
Jahresgesamtfallzahl	134	169	26,1 %
Schulbegleitungen – Fallzahl	42	57	35,7 %

Die Fallzahlen für Schulbegleitungen sind weiterhin stark ansteigend.

Kindergarten-/Hortbeiträge und Tagespflege

	2019	2020	Veränderung
Zahl der Anträge auf Übernahme der Kindergarten-/Hortbeiträge	326	230	-29,4 %
Kinder in Tagespflege			
Stichtag 31.12.	57	51	-10,5 %
davon unter 3 Jahre alt	33	31	-6,1 %
Jahresgesamtfallzahl	109	89	-18,3 %

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

	2019	2020	Veränderung
laufende Fälle	1.003	972	-3,1 %
Rückgriffsfälle	781	772	-1,2 %

f) Beistandschaften, Pflegschaften, Vormundschaften und Beurkundungen

	2019	2020	Veränderung
Beistandschaften			
Stichtag 31.12.	1.128	1.148	1,8 %
Jahresgesamtfallzahl	1.351	1.326	-1,9 %
Vormundschaften und Pflegschaften			
Stichtag 31.12.	143	135	-5,6 %
Jahresgesamtfallzahl	199	168	-15,6 %
Beurkundungen	642	680	5,9 %
schriftliche Beratungen nach § 18 SGB VIII: Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen	49	51	4,1 %

g) Eltern-, Jugend- und Familienberatungsstelle

	2019	2020	Veränderung
Anzahl betreute Familien, Elternpaare, Einzelpersonen	1.138	1.139	0,1 %
davon neue Ratsuchende	751	664	-11,6 %

Die gleich gebliebene Gesamtzahl von betreuten Familien und Eltern belegt den hohen Bedarf an Unterstützung in Erziehungs- sowie Beziehungsfragen durch die Familienberatungsstelle. Bedingt durch die umfangreichen Einschränkungen in Verbindung mit der Coronapandemie wurden zahlreiche Beratungstermine telefonisch, per Video oder in Form aufsuchender Beratung durchgeführt.

Gruppenangebote

Aufgrund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen mussten im Berichtsjahr etliche (therapeutische) Gruppenmaßnahmen zum Teil kurzfristig abgesagt werden oder konnten von vorneherein nicht angeboten werden. Als sinnvolle Ergänzung zur Einzelfallarbeit fanden statt:

- Achtsamkeitstraining für Eltern
- Elterntraining „Kinder im Blick“ (2. Teil) für Eltern, die in Trennung oder Scheidung leben, mit dem Ziel einer verbesserten Wahrnehmung kindlicher Bedürfnisse in der Trennungssituation

Öffentlichkeitsarbeit

Auch hier fielen viele Projekte den Corona-bedingten Schutzmaßnahmen zum Opfer.

Folgende Aktionen konnten erfolgreich durchgeführt werden:

- Durchführung von Informationsveranstaltungen über die Angebote der Erziehungsberatungsstelle/Jugendhilfe generell für die Patient*innen der Suchtstation am Bezirksklinikum Ansbach

- Erfüllung von Interviewanfragen durch Einrichtungen der Tagespresse und des Rundfunks
- Information über die Angebote und Arbeitsweise der Beratungsstelle unter besonderer Berücksichtigung des Themas „häusliche Gewalt“ im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung des Frauenhauses Ansbach für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen
- Mitorganisation und Durchführung der Veranstaltung „families for future - Nachhaltig leben in Stadt und Landkreis Ansbach“ in Kooperation mit anderen Anbietern der regionalen psychosozialen Versorgung

Prävention, Gremienarbeit

Der Aufgabenbereich der Beratungsstelle enthält auch einen präventiven Auftrag, zu dessen Umsetzung die Fachkräfte im abgelaufenen Jahr folgende konkrete Beiträge leisteten:

- Beteiligung am Präventionsprogramm „Verrückt? Na und!“ zur Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen
- Kollegiale Austauschtreffen mit Fachkräften kooperierender Einrichtungen
- Regelmäßige Teilnahme an Gremien, Sitzungen und Arbeitskreisen (z.B. Prävention, Sucht, Kinder psychisch kranker Eltern, Arbeitsgemeinschaft für ein gewaltfreies Miteinander, Jugendhilfeplanung)
- Vorträge zu erziehungsrelevanten Themen für Eltern von Kindergarten- und Schulkindern zur Unterstützung im Erziehungsalltag

6. Verkehr, Straße, Verkehrssicherheit

6.1 Kfz-Zulassungsrecht

	2019	2020	Veränderung
Fahrzeugbestand (gesamt) zum 31.12.	204.903	209.565	2,3 %
davon PKW-Fahrzeugbestand mit alternativen Antriebsarten	1.118	2.295	105,3 %
Neuzulassungen	7.552	7.067	-6,4 %
Umschreibungen von Gebrauchtfahrzeugen mit Halterwechsel	25.175	24.240	-3,7 %
Umschreibungen ohne Halterwechsel	1.597	1.587	-0,6 %
Außerbetriebsetzungen	28.810	26.458	-8,2 %
Wiederzulassungen	2.431	2.304	-5,2 %
Änderungen Halterdaten	2.547	2.488	-2,3 %
Änderungen Fahrzeugtechnik	1.281	1.135	-11,4 %
Kurzzeitkennzeichen	1.251	908	-27,4 %
Ausfuhrkennzeichen	586	347	-40,8 %
Mängelanzeigen	1.056	1.460	38,3 %
Versicherungsanzeigen	3.746	3.196	-14,7 %
Anzeigen Standort- oder Halterwechsel	2.684	2.440	-9,1 %

6.2 Fahrerlaubnisrecht

	2019	2020	Veränderung
Ausstellung von BF-17 Prüfungsbescheinigungen	1.203	1.070	-11,1 %
Ersterteilungen	2.197	2.087	-5,0 %
Umtausch	1.545	1.375	-11,0 %
Ersatz	444	352	-20,7 %
Erweiterungen	1.400	1.412	0,9 %
Neuausstellungen	630	495	-21,4 %
Umschreibungen	508	437	-14,0 %
Verlängerungen	1.730	1.148	-33,6 %
Wiedererteilungen/Neuerteilungen	216	229	6,0 %
International	1.120	312	-72,1 %
Personenbeförderungsscheine	101	100	-1,0 %
Ausnahmen vom Mindestalter			
Genehmigungen	156	135	-13,5 %
Ablehnungen	31	41	32,3 %
Probezeit			
Anordnungen und Teilnahme Aufbauseminar	253	189	-25,3 %
Verwarnungen	20	15	-25,0 %
Bescheid	3	8	166,7 %

Punktesystem

	2019	2020	Veränderung
Ermahnungen (4 und 5 Punkte)	211	275	30,3 %
Verwarnungen (6 und 7 Punkte)	20	58	190,0 %
Bescheid	4	4	0,0 %
Überprüfungen ohne weitere Veranlassung	370	361	-2,4 %

6.3 Straßenverkehrsrecht

	2019	2020	Veränderung
verkehrsrechtliche Anordnungen für Baustellen	646	605	-6,3 %
Erlaubnisse/verkehrsrechtliche Anordnungen für Veranstaltungen	204	32	-84,3 %
Genehmigungen/Ablehnungen Schwertransporte	514	688	33,9 %
Stellungnahmen zu Schwertransporten	2.731	2.594	-5,0 %
Ausnahmegenehm. vom Sonntagsfahrverbot	103	90	-12,6 %
Werbeanlagen	28	62	121,4 %
Fahrtenbücher	18	20	11,1 %
Parkerleichterungen, Ausnahmen zum Befahren gesperrter Straßen	6	21	250,0 %
Baustellenkontrollen	93	15	-83,9 %

6.4 Kreis- und Gemeindestraßenbau

Für die betriebliche Erhaltung und Instandhaltung des rd. 595 km großen Kreisstraßennetzes beliefen sich die Gesamtausgaben in 2020 auf rd. 6,3 Mio. EUR.

	2019	2020	Veränderung
Kreisstraßenverwaltungsbereich Staatliches Bauamt	4.378.300 €	4.567.400 €	4,3 %
Kreisstraßenverwaltungsbereich Eigenverwaltung	1.882.700 €	1.728.200 €	-8,2 %

Für den Unterhaltungsaufwand seines Kreisstraßennetzes erhielt der Landkreis Ansbach eine Zuweisung nach Art. 13b Abs. 1 Satz 1 des Finanzausgleichgesetzes. Aus den Erträgen der Kraftfahrzeugsteuer wurde für das Jahr 2020 eine Zuweisung als pauschaler Festbetrag in Höhe von rd. 2,4 Mio. EUR ausbezahlt.

Im Rahmen seiner Kreisstraßenbauprogramme hat der Landkreis im Jahr 2020 insgesamt 5,8 Mio. EUR in Straßenbaumaßnahmen investiert. Aus dem Kreisstraßenneubauprogramm wurde ein Brückenbauprojekt realisiert:

AN 55 Altmühlbrücke Oberndorf

Die Erneuerung der Altmühlbrücke an der Kreisstraße AN 55 bei Oberndorf wurde vom Freistaat Bayern mit einer Zuwendung in Höhe von 800.000 EUR nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) bezuschusst. Zum 1. September 2020 wurden der Regierung von Mittelfranken drei weitere Zuwendungsanträge zur Bewilligung von Fördermitteln vorgelegt. Deren bauliche Umsetzung soll im Jahr 2021 erfolgen.

Aus dem rollierenden zweijährigen Deckenbauprogramm wurden fünf Deckensanierungen und eine Oberbauerneuerungsmaßnahme durchgeführt. Weitere vier Kreisstraßen erhielten eine durchgehende Oberflächenbehandlung.

Deckensanierungen:

- AN 9 Grüb - Neumühle
- AN 9 Weihenzell - Zellrüglingen
- AN 49 Ehingen (Parkplatz) - St. 2221
- AN 56 Bechhofen - Großenried
- AN 61 Unterschwaningen - Bahnübergang

Oberbauerneuerungsmaßnahme:

- AN 14 Rückersdorf - Schlauersbach

Oberflächenbehandlung:

- AN 12 Wolframs-Eschenbach - Wöltendorf - BAB Brücke
- AN 42 Abzweig Hinterhof bis Schopfloch
- AN 43 Waldeck - Weidelbach
- AN 59 B 13 - Mitteleschenbach

Für 2.687 km Gemeindestraßen wurden an die Städte und Gemeinden Straßenunterhaltungszuschüsse in Höhe von rd. 4,7 Mio. EUR ausbezahlt. Die Summe der Straßenunterhaltungspauschale blieb gegenüber 2019 unverändert.

6.5 Öffentlicher Personennahverkehr

Themenschwerpunkte im öffentlichen Personennahverkehr:

- Ausschreibung eines Linienbündels
- Ausschreibung von drei AST-Gebieten (AST = Anrufsammeltaxi)
- Bearbeitung sämtlicher VGN-Belange (Tarifpflege, Abrechnungen, Fahrplanänderungen, Beratung von Gemeinden, Schulen, Bürgern)
- Bedienungskonzept für den Bildungsstandort Triesdorf umgesetzt
- Beratung der Gemeinden (Leitfaden, Förderung) zur Herstellung der Barrierefreiheit
- Durchführung von Verkehrsverbesserungsmaßnahmen
- Fortschreibung des Haltestellenkatasters mit Priorisierung des barrierefreien Ausbaues der Haltestellen
- Maßnahmen bezüglich der geplanten Reaktivierung der beiden Bahnlinien Dombühl – Wilburgstetten (– Nördlingen) und Gunzenhausen – Wassertrüdingen (– Nördlingen)
- Maßnahmen im Zeichen der Corona-Pandemie (Verstärkerbusse, Überwachung der Auslastung, Mobilitätsberatung, Förderwesen)
- Mobilitätsberatung und Beschwerdemanagement
- Untersuchung S-Bahnverlängerung Ansbach – Dombühl – Crailsheim, gemeinsame Willenserklärung zwischen Bayern, Baden-Württemberg und der Landkreise Schwäbisch-Hall und Ansbach

Die Gesamtausgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs betragen 1,0 Mio. EUR (Vorjahr: 0,5 Mio. EUR).

7. Umwelt- und Naturschutz, Abfallwirtschaft, Wasserrecht

7.1 Umwelt- und Naturschutz

Immissionsschutz

	2019	2020	Veränderung
immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtige Anlagen gesamt	348	355	2,0 %
Betreiber im Landkreis Ansbach	263	262	-0,4 %
Betriebe nach Störfall-Verordnung	21	24	14,3 %
Genehmigungen	14	12	-14,3 %
Vorbescheide/vorzeitiger Baubeginn	5	4	-20,0 %
Änderungsanzeigen	55	46	-16,4 %
Stilllegungsanzeigen	0	2	- %
Anzeigen nach der Störfall-Verordnung (Änderungen)	0	0	- %
Bau- und Betriebseinstellungen	1	0	-100,0 %
Verfahrenseinstellungen	0	1	- %
Anordnungen	15	20	33,3 %
laufende Genehmigungsverfahren	20	29	45,0 %
laufende Änderungsanzeigen	10	10	0,0 %
laufende Vorbescheids-Verfahren	0	2	- %
Änderungsbescheide	5	3	-40,0 %
öffentliche Bekanntmachungen	11	13	18,2 %
Schlussabnahmen und Inspektionen nach Störfall-Verordnung	39	9	-76,9 %
Formaldehydbescheinigungen Biogasanlagen	108	117	8,3 %
immissionsschutzrechtliche Anlagenüberwachungen	34	13	-61,8 %
Anwohnerbeschwerden	82	114	39,0 %
Rechtsbehelfe (Klageverfahren, Anträge nach § 80 Abs. 5 VwGO, Petitionen und Landtagseingaben)			
abgeschlossene	3	3	0,0 %
laufende	4	4	0,0 %

Naturschutz und Landschaftspflege

Zahlen der Landschaftspflege

	2019	2020	Veränderung
Anträge	138	217	57,2 %
Kostenvolumen der Anträge	1.377.432,68 €	2.507.759,87 €	82,1 %
Flächen digitalisiert	1.808	2.459	36,0 %
ausbezahltes Kostenvolumen	712.724,75 €	1.394.969,10 €	95,7 %
Förderung	543.154,63 €	1.166.015,10 €	114,7 %

Die Aufstellung beinhaltet die Gesamtdaten vom Landschaftspflegeverband, Bund Naturschutz, Naturpark Frankenhöhe und Landkreis Ansbach. Die beantragten Maßnahmen werden teilweise erst im Folgejahr ausbezahlt.

Naturschutz

	2019	2020	Veränderung
naturschutzrechtliche Einzelgenehmigungen für Kabel, Energieleitungen und -masten	80	88	10,0 %
naturschutzrechtliche Einzelgenehmigungen Dauergrünlandumwandlung	0	95	- %
naturschutzrechtliche Genehmigungen für Einzelbauvorhaben in Schutzgebieten (statistische Datenerhebung erfolgte ab 2020)	-	26	- %

Weitere Haupttätigkeiten im Bereich Eingriffe in Natur und Landschaft, Schutzgebietsmanagement, Erholung in Natur und Landschaft:

- Anordnung von Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft
- Erteilen von Erlaubnissen für Zeltlager, Lagerfeuer, Konzerte und andere Veranstaltungen in Landschaftsschutzgebieten u. ä.
- Erteilen von Erlaubnissen oder Befreiungen für Einzelbauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten u. ä.

Vorkaufsrecht

	2019	2020	Veränderung
Negativbescheinigungen	515	549	6,6 %
Ausübung Vorkaufsrecht	0	6	- %

Vertragsnaturschutz (VNP) sowie Projekt „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“

Der Vertragsnaturschutz sowie das Projekt „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“ werden in enger Zusammenarbeit von den Sachgebieten Immissions- und Naturschutzrecht sowie Technischer Umweltschutz abgewickelt.

Artenschutz

	2019	2020	Veränderung
Abmeldungen für Tiere der besonders geschützten Art	260	330	26,9 %
Anmeldungen für Tiere der besonders geschützten Art	510	370	-27,5 %
EG-Bescheinigungen	56	53	-5,4 %

Biber

	2019	2020	Veränderung
Ausnahmegenehmigungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erteilt gesamt	47	43	-8,5 %
Genehmigungen nach AAV (Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung)	8	10	25,0 %
tatsächliche Entnahmen			
Lebendfang	49	51	4,1 %
Abschuss	28	30	7,1 %
Gesamt	77	81	5,2 %
gemeldete Totfunde	21	24	14,3 %
Dammbeseitigungen befristet	5	8	60,0 %
Dammbeseitigungen unbefristet			
Bestand gesamt	348	388	11,5 %
davon neu erteilt	36	42	16,7 %
anerkannte Biberschäden			
Einzelfälle	25	14	-44,0 %
Gesamtsumme ^{*)}	23.224,51 €	14.754,30 €	-36,5 %
durchgeführte und ausbezahlte Präventivmaßnahmen über Sofortmittel	17	20	17,6 %
Gesamtsumme	6.054,77 €	6.742,40 €	11,4 %

^{*)} endgültige Abrechnung noch nicht abgeschlossen

Hornissen

	2019	2020	Veränderung
Ausnahmegenehmigungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG	5	7	40,0 %

Bauleitpläne, Regionalpläne, Planfeststellungsverfahren

	2019	2020	Veränderung
Anzahl der Fälle mit immissionsschutzrechtlichen und/oder natur- bzw. artenschutzrechtlichen Prüfungen und Stellungnahmen	124	136	9,7 %

Technischer Umweltschutz

Fachbereich Immissionsschutz – Untere Immissionsschutzbehörde

Im Landkreis Ansbach sind derzeit 355 immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen zu betreuen und zu überwachen. Das ist mit großem Abstand die höchste Anzahl an immissionsschutzrechtlichen genehmigungspflichtigen Anlagen aller bayerischen Landkreise und kreisfreien Städten.

Im Frühjahr und im Herbst 2020 wurden die Überwachungsbehörden angehalten, aufgrund der Pandemie lediglich anlassbezogene Überwachungen durchzuführen. Aus diesem Grund, wurden im Jahr 2020 weniger Ortseinsichten und Anlagenüberwachungen durch das Sachgebiet durchgeführt. Diese Rückstände sind nach Ende der Pandemie aufzuarbeiten.

Zu den weiteren Aufgaben im Bereich des Immissionsschutzes zählen die Überprüfung von vorgelegten Lärmgutachten, Geruchsgutachten, Emissionsmessberichten und Lösemittelbilanzen von lösemittelverarbeitenden Betrieben.

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gehört nach wie vor auch die Umsetzung der Anforderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes auf bauplanungsrechtlichem Gebiet (fachtechnische Beurteilung von Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen) sowie von Bauanträgen nach §§ 22 ff. BImSchG zu den Tätigkeiten des Sachgebietes. Dazu wurden zahlreiche Beratungen und Besprechungen mit den Antragstellern, Planfertigern und Gutachtern durchgeführt.

Einen nicht zu vernachlässigen Anteil der Arbeit des Sachgebietes ist die Bearbeitung der Beschwerden. Wie bereits in den letzten Jahren feststellbar, ist hier eine stetige Steigerung zu verzeichnen. Sowohl die Überprüfung von Lärmbeschwerden als auch Beschwerden in Hinblick auf Gerüche sind teilweise zeitintensiv und sehr anspruchsvoll.

Immissionsschutz	2019	2020	Veränderung
Schlussabnahmen und Inspektionen nach Störfall-Verordnung	39	9	-76,9 %
Prüfung von Messberichten und Lösemittelbilanzen	108	117	8,3 %
immissionsschutzrechtliche Anlagenüberwachungen	28	11	-60,7 %
Anwohnerbeschwerden	82	114	39,0 %
Stellungnahmen zur Bauleitplanung	101	106	5,0 %
Stellungnahmen zu Bauanträgen			
Gewerbe	311	382	22,8 %
Landwirtschaft	113	116	2,7 %
Stellungnahmen zu Änderungsanzeigen nach § 15 BImSchG ^{*)}	-	33	- %
Stellungnahmen zu Genehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG ^{*)}	-	38	- %
Stellungnahmen zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ^{*)}	-	14	- %

^{*)} Datenerhebung erfolgte ab 2020

Fachbereich Naturschutz – Untere Naturschutzbehörde

Die Untere Naturschutzbehörde nimmt im Rahmen ihrer Aufgaben zu zahlreichen Vorhaben Stellung. Dabei werden die fachlichen Belange des Natur- und Artenschutzes sowie der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft im Rahmen naturschutzrechtlicher Verfahren und Trägerverfahren anderer Rechtsbereiche eingebracht. Zahlreiche Beratungsgespräche mit Bauherren, Landwirten, Planern und Kommunen sind dabei essentieller Bestandteil der Arbeit der Unteren Naturschutzbehörde.

naturschutzfachliche Stellungnahmen/ Beratungen/Ortseinsichten	2019	2020	Veränderung
Bauleitplanung/Planfeststellungen/Baurecht/ UVP/Eingriffsregelung/Ökokonto	578	781	35,1 %
Artenschutzrecht (z.B. Biber/Hornissen)	150	142	-5,3 %
Immissionsschutzrecht (z.B. Windkraft/Biogas/Anlagen)	79	56	-29,1 %
Wasserrecht	124	131	5,6 %
Forstrecht	18	29	61,1 %
Kabel- und Energieleitungen	80	88	10,0 %
Straßen- und Radwegebau	26	9	-65,4 %
Verfahren der ländlichen Entwicklung	5	4	-20,0 %
Abfallrecht	24	25	4,2 %
Naturpark- und Landschaftspflegerichtlinie	107	130	21,5 %
Grünlandumbruch	85	95	11,8 %
allgemeines Naturschutzrecht (z.B. Beratung Gemeinden Gewässer dritter Ordnung, Gehölzfällungen)	13	60	361,5 %
Regionalplanung/Raumordnungsverfahren	0	0	- %
Bergrecht/Abgrabungsrecht	13	2	-84,6 %
Eisenbahn/Schienen	5	3	-40,0 %
Luftrecht	2	5	150,0 %
Förderanträge/Bayer. Naturschutzfonds	0	6	- %
Veranstaltungen	9	8	-11,1 %
fachliche Prüfung Vorkaufsrecht (Anzahl geprüfter Flächen)	515	549	6,6 %

„chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“

Im Jahr 2020 wurde die Bewilligung für das Projekt „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“ durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz erteilt. Der Pflege- und Entwicklungsplan wurde vergeben und das Projektpersonal eingestellt.

Landkreisbezogene Ersatzgeld-Projekte

Die Untere Naturschutzbehörde betreut derzeit fünf Projekte zur Umsetzung von Ersatzgeldern. Zahlreiche Artenschutzmaßnahmen konnten mit Hilfe kooperativer Partnerschaften umgesetzt werden.

Abwicklung staatlicher Förderprogramme der Unteren Naturschutzbehörde

Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) – Umsetzung im Landkreis Ansbach

Mit dem Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm werden im Landkreis Ansbach Maßnahmen mit einer jährlichen Auszahlungssumme von über 3,1 Mio. EUR jährlich gefördert. Ab dem Jahr 2020 werden insgesamt 5.407 ha Äcker, Wiesen, Weiden und Teiche im Vertragsnaturschutzprogramm Offenland gefördert.

Vertragsnaturschutzprogramm Wald

Im Vertragsnaturschutzprogramm Wald konnten im Jahr 2020 Vereinbarungen mit einer Förderhöhe von 212.041 EUR abgeschlossen werden.

Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie

Über die Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie werden die Neuanlage und die Pflege von Biotopen sowie Erholungseinrichtungen im Naturpark Frankenhöhe gefördert. In enger Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Immissions- und Naturschutzrecht und dem Landschaftspflegeverband Mittelfranken werden Maßnahmen entwickelt. Die Antragstellung erfolgt in der Regel durch den Landschaftspflegeverband Mittelfranken. Die Untere Naturschutzbehörde prüft die Anträge und Verwendungsnachweise.

Tätigkeiten der Kreisfachberater für Gartenbau und Landschaftspflege

Der Aufgabenbereich beinhaltete in 2020 folgende Themenschwerpunkte:

- Aufgrund der Corona-Pandemie beschränkten sich die Schnittkurse und Vorträge auf insgesamt fünf Veranstaltungen
- Begleitung und Beratung der Stadt Merkendorf mit dem Ortsteil Hirschlach zum Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ auf Bezirksebene. Der Bezirksentscheid wurde Corona-bedingt auf 2021 verschoben.
- Beratung der Gartenbauvereine bei organisatorischen und satzungsrechtlichen Fragen
- Beratung von Gemeinden und Privatpersonen bei grüngestalterischen Maßnahmen und Pflanzenschutzproblemen sowie Vermittlung bei Streitigkeiten, die das bayerische Nachbarschaftsrecht betreffen
- Beratung von Gemeinden und Privatpersonen zur sicheren Bekämpfung bei Vorkommen der phototoxischen Herkulesstaude und Aufklärung über weitere invasive Neophyten wie Japanischer Knöterich oder Indisches Springkraut
- Beratung von Kommunen und Privatpersonen bei Problemen und Fragen zur Verkehrssicherheit von Bäumen und Beurteilung der Standsicherheit sowie Gefahrenabschätzung
- Betreuung der Außenanlagen der kreiseigenen Liegenschaften:
Grünpflege, Gehölzschnitt, Winterdienst, Festlegung und Beschaffung und Wartung der erforderlichen Gerätschaften
- Durchführung der Aktion „Gelbes Band“ an für die Öffentlichkeit zur Aberntung freigegebenen Obstbäumen entlang der Kreisstraßen
- Entwicklung und Umsetzung eines Mähkonzeptes an den Kreisstraßen in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Bauamt und den Bauhofleitern inklusive Einweisung der zuständigen Bauhofmitarbeiter und Monitoring
- Mitarbeit beim bayernweiten Pilotprojekt „Insektenhotel“
- Mitarbeit beim Projekt „Artenlandkreis Ansbach“. Planung und Umsetzung des Projekts an kreiseigenen Liegenschaften
- Organisation des „Tages der offenen Gartentür“ und fachliche Betreuung der teilnehmenden Gartenbesitzer. Der eigentliche Tag fiel allerdings auf Grund der Corona-Pandemie aus.

- Pflanzaktionen von Obstbäumen bei Obstbaumpräsenten des Landrates anlässlich von Firmenjubiläen, Abschlussveranstaltungen, Einweihungen usw. (inkl. Beschaffung des gesamten Materials und bei gleichzeitiger Pflanzung Vorbereitung und Wahrnehmung von Presseterminen).
- Überprüfung und eventuelle Beseitigung oder Veranlassung der Beseitigung von Vorkommen der Beifuß-Ambrosie und Meldung an die zuständigen staatlichen Stellen
- Überprüfung von Naturdenkmälern, z.B. nach Sturmereignissen auf Verkehrssicherheit, Unterstützung der Unteren Naturschutzbehörde bei Ausschreibungen zur Überprüfung und Sanierung von geschädigten Naturdenkmälern und Überprüfung der Arbeiten während und nach den Ausführungen
- Verkehrssicherungspflicht:
 - Beseitigung eventueller Gefahrenquellen mit Hilfe der Bauhofmitarbeiter
 - zweimalige sicherheitsrelevante Überprüfung der Bäume und Gehölze an den kreiseigenen Liegenschaften und Kreisstraßen (Statik, Eichenprozessionsspinnerbefall, gefährliches Totholz, Giftpflanzen)
- Wahrnehmung bzw. Vorbereitung und Durchführung verschiedener Pressetermine oder -mitteilungen
- Wahrnehmung der Geschäftsführung im Kreisverband Ansbach für Gartenbau und Landspflege

7.2 Abfallwirtschaft, Abfallrecht

Abfallwirtschaft

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 wurden bisher im Zusammenhang mit der Abfallgebührenabrechnung ca. 9.808 Vorgänge, betreffend die Abfallbehälter (Aufstellungen, Abzüge, Reparaturen und sonstige Änderungen), bearbeitet.

Bei allen drei Abfallarten hat sich der Behälterbestand erhöht. Beim Restabfall konnten durch die Anschlusspflichtigen 423.908 Leerungen (ca. 25,3 % der möglichen Gesamtleerungen) eingespart werden, wodurch ca. 2,2 Mio. EUR rückerstattet wurden.

Der 2017 in der zweiten Jahreshälfte eingeführte Biofilterdeckel wurde an 152 Biobehältern im Landkreis montiert.

	2019	2020	Veränderung
Anzahl Bioabfallbehälter	47.406	48.726	2,8 %
Gesamtvolumen	3.932.480 l	4.049.440 l	3,0 %
Anzahl Papierbehälter	59.546	61.373	3,1 %
Gesamtvolumen	15.589.640 l	16.128.740 l	3,5 %
Anzahl Restabfallbehälter	63.637	64.324	1,1 %
Gesamtvolumen	5.132.840 l	5.209.160 l	1,5 %
tatsächliche Einnahmen aus Abfallgebühren	9,8 Mio. €	10,0 Mio. €	2,0 %
Leerungseinsparungen Restabfall	433.729	423.908	-2,3 %
Rückerstattungen	2,2 Mio. €	2,2 Mio. €	0,0 %
Telefonate Hotline	10.161	11.496	13,1 %

Behälteränderungsdienst

	2019	2020	Veränderung
aufgestellte Abfallbehälter	5.182	5.856	13,0 %
abgezogene Abfallbehälter	2.292	2.346	2,4 %
Reparaturaufträge und sonstige Aufträge	2.089	3.848	84,2 %
Biofilterdeckel	180	152	-15,6 %

Staatliches Abfallrecht

Deponierecht

Zurzeit werden im Landkreis Ansbach 37 Inertabfalldeponien der Deponieklasse DK 0 durch Gemeinden und private Träger betrieben. Die Erteilung von Neu- und Änderungsgenehmigungen sowie Änderungsanzeigen (z.B. Tekturen zur Oberflächenabdichtung) unterliegt aufgrund gesetzlicher Vorgaben zur Wiederverwertung von Inertabfällen seit in Kraft treten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) im Jahr 2012 sowie aufgrund von Änderungen der Deponieverordnung einer restriktiven Überprüfung. Im Jahr 2020 wurden zwei Änderungsgenehmigungen ausgesprochen.

DK 0 Deponiebetrieb (Gemeinde und private Träger)	2019	2020	Veränderung
Neu-, Erweiterungs- und Änderungsgenehmigung	0	2	- %
Änderungsanzeigen (z.B. Tekturen)	2	2	0,0 %

Bodenschutzrecht (Altdeponien bzw. ehemalige Hausmülldeponien)

Die Altdeponien (sog. ehemalige Bauschutt- und Hausmülldeponien – BSD und HMD) im Landkreis Ansbach unterfallen grundsätzlich dem Bodenschutzrecht. Von den 19 ehemaligen BSD wurde auch 2020 keine auf DK 0 Deponien umgerüstet. Bei BSD sind in der Nachsorgephase regelmäßig Rekultivierungsmaßnahmen, Grundwasseruntersuchungen etc. erforderlich. Die Planungen bedürfen dabei einer mehrjährigen Vorlaufzeit. Nach umfangreichen Abstimmungen mit Fachbehörden wurde bei zwei Gemeinden die Planungsphase im Jahr 2020 abgeschlossen und es konnten bei diesen BSD Rekultivierungsmaßnahmen genehmigt werden, u.a. mit dem Ziel der Errichtung einer Photovoltaikanlage. Hinsichtlich der HMD werden jährlich neue Amtsermittlungen durchgeführt und Bodengutachten eingeholt.

Bodenschutz- und Abfallrecht	2019	2020	Veränderung
Bauschutt-(Alt)deponien (nicht umgerüstet)	19	19	0,0 %
Altdeponien (ehemalige HMD) (Amtsermittlungen)	2	2	0,0 %

Verwertung von Boden, Bauschutt und Tondachziegeln

Im Zuge der sog. Deponiebedarfsprognose 2017/2018, wurden die Kreisverwaltungsbehörden veranlasst, die Verwertung von mineralischen Abfällen (§§ 6, 7 KrWG) vor deren Beseitigung zu optimieren bzw. Träger von Bauvorhaben entsprechend bei der Verwertung entsprechender Abfälle bzw. Recyclingbaustoffen im Rahmen der sog. Einzelfallentscheidung zu unterstützen. Es wurden folgende Zustimmungen nach § 12 BBodSchV und Recycling-Leitfaden erteilt:

Verwertung mineralischer Abfälle	2019	2020	Veränderung
Boden	17	25	47,1 %
Bauschutt	17	18	5,9 %
Tondachziegel (nicht belastet und behandelt)	3	11	266,7 %

Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange (TÖB)

Der sich in den letzten Jahren abzeichnende Trend zur Errichtung von Biogasanlagen hat sich mit insgesamt 44 Stellungnahmen im abgelaufenen Jahr reduziert. Es wurden Neuanlagen errichtet und bestehende Anlagen erweitert, jedoch nicht mehr in dem Ausmaß wie in den Vorjahren. Dies steht nach hiesiger Einschätzung in Zusammenhang mit der Pandemie. Die Beteiligung des Staatlichen Abfallrechts, über den Bereich der Biogasanlagen hinaus, zu sonstigen immissionsschutz- bzw. baurechtlich genehmigungs- oder anzeigepflichtigen Vorhaben wie Betriebserweiterungen, Neubau-, Heizanlagen-, Abbruch- und Auffüllmaßnahmen reduzierte sich weiter und es wurden hierzu 120 Stellungnahmen abgegeben.

Stellungnahmen als TÖB	2019	2020	Veränderung
Biogasanlagen	74	44	-40,5 %
sonstige Anlagen	187	120	-35,8 %

Anzeigepflicht gemäß § 18 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) für gewerbliche/gemeinnützige Sammlungen (z.B. Altmetall, Alttextilien und Altpapier)

	gewerblich	gemeinnützig
eingegangene Anzeigen im Jahr 2020 (ohne Rücknahmen)	3	5
davon noch nicht entschiedene Fälle	0	0

	2019	2020	Veränderung
Anzeigen gewerblich – gesamt	22	25	13,6 %
Anzeigen gemeinnützig – gesamt	30	35	16,7 %
ausgesprochene Untersagungen	0	0	- %

Anzeigen gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und Erlaubnisse gemäß § 54 KrWG für Sammler, Beförderer, Händler und Makler

Die Beseitigung/Entsorgung/Beförderung/Verwertung anfallender Abfälle hat ordnungsgemäß entsprechend den Bestimmungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG), insbesondere der §§ 47 ff. KrWG sowie der dazu erlassenen untergesetzlichen Regelungen zu erfolgen. Dazu wurden folgende Bewilligungen erteilt.

	2019	2020	Veränderung
Anzeigen gemäß § 53 KrWG	40	18	-55,0 %
Erlaubnisse gemäß § 54 KrWG	0	1	- %

Registerprüfungen (Überwachung der Abfallströme etc.) gemäß §§ 47 Abs. 2 und 49 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) i.V.m. Nachweisverordnung (NachwV) und Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) von Betrieben

Nach den oben genannten Verordnungen haben die Betriebe dem Landratsamt regelmäßig Nachweise über durchgeführte Audittermine, Zertifikatsurkunden und Bestätigungen über die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen sowie Auszüge von Betriebstagebüchern mit den Abfallströmen vorzulegen.

	2019	2020	Veränderung
Registerprüfungen §§ 47 ff. KrWG	184	198	7,6 %
Überwachung Eingang von Zertifikaten, Lehrgangsbescheinigungen etc.	31	35	12,9 %

Klärschlammverordnung (AbfKlärV)

Die umweltpolitisch begrüßenswerte Tendenz bei der Klärschlammverwertung, weg von der Ausbringung auf landwirtschaftlichen Flächen und hin zu alternativen Verwertungswegen, wie beispielsweise die thermische Klärschlammverwertung, stagnierte im Jahr 2020 weiter. Der Grund dafür ist nach h. E. jedoch, dass große Mengen an Klärschlammen aus anderen Landkreisen angeliefert werden. Bei den Klärschlammanzeigen bzw. Meldungen ist hingegen ein Rückgang zu verzeichnen, da die Gemeinden im Landkreis Ansbach die Klärschlämme überwiegend thermisch verwerten lassen.

Klärschlammausbringung	2019	2020	Veränderung
t/TS Klärschlamm	511,3	802,3	56,9 %
Klärschlammanzeigen	199	139	-30,2 %

Ordnungswidrigkeiten- und Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auch im Jahr 2020 wurden im Kreisgebiet wiederholt Zuwiderhandlungen gegen abfallrechtliche Bestimmungen festgestellt. Insbesondere handelt es sich dabei um illegale Abfallablagerungen die, sofern nicht als Straftat zu werten, in Abhängigkeit von Schwere und Umfang des Vergehens in insgesamt 144 Fällen mit Bußgeldern (78) oder Verwarnungen (66) belegt wurden. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Jahr 2019 um 38,5 %.

Seit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes besteht für Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen eine Anzeigepflicht bei der Durchführung von gewerblichen und gemeinnützigen Sammlungen i. S. d. § 18 KrWG. Außerdem muss die Beförderung von nicht gefährlichen Abfällen gemäß § 53 KrWG angezeigt sowie am Transportfahrzeug sog. „A-Schilder“ angebracht werden (§ 55 KrWG). Verstöße dagegen können nach § 69 KrWG geahndet werden.

Für diese Zuwiderhandlungen wurden im Jahr 2020 keine Bußgelder verhängt bzw. Verwarnungen ausgesprochen. Insgesamt waren es folgende Maßnahmen:

Verstoß gegen	2019	2020	Veränderung
§ 28 KrWG - illegale Ablagerungen	104	144	38,5 %
§ 18 KrWG - fehlende Sammlungsanzeige	0	1	- %
§§ 53, 55 KrWG - fehlende Beförderungsanzeige/A-Schilder	3	0	-100,0 %

Soweit erforderlich war vom Landratsamt Ansbach darüber hinaus in Abstimmung mit betroffenen Städten und Gemeinden, Polizeidienststellen oder Fachbehörden die ordnungsgemäße Entsorgung widerrechtlicher Abfallablagerungen zu veranlassen. Dazu wurden im Verwaltungsverfahren in insgesamt 400 Fällen überwiegend Anhörungen und Beseitigungsaufforderungen an die Betroffenen gerichtet.

7.3 Wasserwirtschaft, Wasserrecht

Das dritte Trockenjahr in Folge sorgte in der Wasserrechtsbehörde weiterhin für eine hohe Anzahl von Anträgen zur Errichtung von Gartenbrunnen. Zudem macht die Wasserknappheit den Flüssen und Bächen sowie Fischteichanlagen zu schaffen.

Darüber hinaus waren für die verschiedensten wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Bauvorhaben ein wasserrechtliches Verfahren bzw. eine Beteiligung der Wasserrechtsbehörde (im Rahmen von Bebauungsplanverfahren, Baugenehmigungsverfahren, Flurbereinigungsverfahren und Rodungsverfahren) erforderlich.

Wasserrechtliche Verfahren waren insbesondere bei Wasserversorgungsanlagen (Brunnen, Quellen) und bei kommunalen Kläranlagenbauten und -umbauten durchzuführen.

Wasserversorgung

	2019	2020	Veränderung
Erlaubnisverfahren Grundwasserentnahme für die öffentliche Wasserversorgung			
laufende Verfahren	1	1	0,0 %
erteilte Erlaubnisse	4	4	0,0 %
eingeleitete Erlaubnisverfahren (Wasserentnahme, Brunnenerrichtungen, Bauwasserhaltung, Erkundungsbohrungen etc.)	112	89	-20,5 %
davon beschränkte wasserrechtl. Erlaubnis erteilt	52	44	-15,4 %
Bohranzeigeverfahren (Einzelhausbrunnen für Trink- und/oder Brauchwasserbrunnen, Aufschlussbohrungen)	91	91	0,0 %
Baugenehmigungsverfahren mit Wasserversorgung durch eigenen Brunnen	23	26	13,0 %

Wasserschutzgebiete/Verfahren

	2019	2020	Veränderung
neue Verfahren	0	0	- %
laufende Verfahren	4	4	0,0 %
festgesetzte Schutzgebiete	0	0	- %
Ausnahmegenehmigungen von der Wasserschutzgebiets-VO	13	18	38,5 %

Beteiligung an anderen Verwaltungsverfahren

In 60 Baugenehmigungsverfahren (2019: 49) waren Stellungnahmen bezüglich wasserschutzgebietsbedingter Auflagen abzugeben. In zahlreichen weiteren Verfahren war eine Prüfung erforderlich, eine schriftliche Festsetzung von Auflagen allerdings entbehrlich.

Gewässerausbau

Im Jahr 2020 wurden zwei Planfeststellungsverfahren eingeleitet, die aber erst im kommenden Jahr abgeschlossen werden können. Hierbei handelt es sich um den Hochwasserschutz für den Herriedener Ortsteil Stegbruck sowie die Verlegung des Ameisen- und Klingengraben in Herrieden.

In zwei weiteren Verfahren konnten die entsprechenden Plangenehmigungen für den Gewässerausbau erteilt werden (2019: 6 Verfahren).

Für etliche Verfahren war in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt zu prüfen, ob das Vorhaben überhaupt einer Genehmigungspflicht unterliegt. Hier konnte in einigen Fällen entschieden werden, dass ein Plangenehmigungsverfahren nicht erforderlich war.

In zahlreichen Fällen musste bedingt durch die zunehmende Wasserknappheit auf den ordnungsgemäßen Betrieb bzw. Unterhalt von bestehenden Weihern und Seen bzw. den öffentlichen Gewässern hingewirkt werden. Vereinzelt war hierfür auch ein erhöhter zeitlicher Aufwand (u.a. Recherche, Ortstermine, Besprechungen) zu betreiben.

Wärmepumpenanlagen

	2019	2020	Veränderung
Erdwärmesonden	2	5	150,0 %
oberflächennahe horizontal verlegte Erdwärmekollektoren	6	3	-50,0 %
Wasser-Wasser- und Luft-Wasser-Wärmepumpen	4	1	-75,0 %

Abwasserentsorgung, Straßenentwässerung, Anlagen an Gewässern

	2019	2020	Veränderung
gehobene Erlaubnisse (Neuerteilungen, Verlängerungen, Änderungen)	52	61	17,3 %
beschränkte Erlaubnisse	76	72	-5,3 %
Genehmigungen Anlagen an Gewässern	28	23	-17,9 %

Biogasanlagen

Die Biogasanlagen unterliegen einer gesetzlich vorgeschriebenen wiederkehrenden fünfjährigen Kontrolle bezüglich der Dichtheit von Behältern und Rohrleitungen. Die Betreiber werden fristgerecht angeschrieben, um ihrer Pflicht zur Vorlage des Sachverständigengutachtens nachzukommen. Im Falle von Mängeln wurden bei den Betreibern in angemessener Frist auf die Behebung der Mängel hingewirkt.

	2019	2020	Veränderung
betriebene Biogasanlagen	175	177	1,1 %
durchgeführte wiederkehrende Prüfung	33	50	51,5 %
davon			
ohne Mängel	15	26	73,3 %
geringfügige Mängel	14	17	21,4 %
erhebliche Mängel	4	7	75,0 %

Errichtung von Kleinkläranlagen

Im Bereich „Errichtung von Kleinkläranlagen“ wurden aufgrund einer jährlichen Datenbankbereinigung insgesamt 949 Datensätze im Kleinkläranlagenportal des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) erfasst; davon 23 dauerhaft abflusslose Gruben und 94 Wochenendhäuser (Duldung). Aktuell wurden 763 Kleinkläranlagen mit Dauerlösung (mit Biologie) registriert, davon wurden 758 errichtet und von privaten Sachverständigen abgenommen. Für Kleinkläranlagen sind Funktionstüchtigkeitsbescheinigungen im zwei- bzw. vierjährigen Rhythmus der Kreisverwaltungsbehörde vorzulegen. Die Kleinkläranlagenbetreiber werden

fristgerecht hingewiesen, ihrer Pflicht zur Vorlage o.g. Bescheinigung nachzukommen. Bei 91 % der vorgelegten Funktionstüchtigkeitsbescheinigungen wurde kein Mangel festgestellt.

Überschwemmungsgebiete:

Im Jahre 2020 waren keine Festsetzungsverfahren für Überschwemmungsgebiete durchzuführen. Hauptaugenmerk lag erneut auf der Durchführung der neuen Regelungen des sogenannten Hochwasserschutzgesetzes II. Hier ergaben sich insbesondere Neuerungen für die Nutzer von Heizölverbraucheranlagen in Überschwemmungsgebieten, welche hochwasserangepasst nachzurüsten sind. In einer Vielzahl von Fällen wurden Betreiber über die neue Gesetzeslage informiert.

Es wurden mehrere selbständige Ausnahmegenehmigungen im Überschwemmungsgebiet erteilt:

2019	2020	Veränderung
8	7	-12,5 %

Zum Teil konnten die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erteilt werden.

2019	2020	Veränderung
22	24	9,1 %

Abwasserabgabe:

Es wurde die Abwasserabgabe für 172 Großeinleitungen, 227 Niederschlagwassereinleitungen und 58 Kleineinleitungen angepasst bzw. nachberechnet. Insgesamt wurden im Jahr 2020 606 Abgaberechnungen erstellt.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

	2019	2020	Veränderung
Fälle	66	61	-7,6 %
davon			
abgeschlossen	30	34	13,3 %
laufend	36	27	-25,0 %

Wie auch im Vorjahr entstand ein erheblicher Arbeits- und Zeitaufwand im Bereich Umgang mit wassergefährdenden Stoffen durch das Fehlen zugelassener Leckageerkennungssysteme für JGS-Lageranlagen. Trotz zwischenzeitlich veröffentlichter Arbeitshilfen und fachlicher Unterstützung durch die übergeordneten Behörden haben sich die Beratung und Verfahrensdurchführung weiterhin als sehr zeitaufwändig erwiesen. Im Laufe des Jahres konnte das Zulassungsverfahren zwar für die Systeme einiger Firmen abgeschlossen werden, welche jedoch nicht immer für den Einzelfall anwendbar, mit Mehrkosten verbunden und teilweise noch schwer verfügbar sind.

Anlagen nach der Anlagenverordnung (Heizölanlagen und Tankstellen etc.)

	2019	2020	Veränderung
betriebene Anlagen	2.242	2.429	8,3 %
davon			
Eigenverbrauchstankstellen	97	97	0,0 %
öffentliche Tankstellen	54	53	-1,9 %
Heizöltanks	1.499	1.481	-1,2 %
davon			
in Wasserschutzgebieten	503	450	-10,5 %
stillgelegte Anlagen	243	280	15,2 %

Altlasten/Boden- und Gewässerschutz

Im Wesentlichen wurden in den Teilbereichen Altlasten/Bodenschutz sowie Rüstungsaltlasten die überwiegend sehr umfangreichen und langwierigen Erkundungs-, Sanierungs- und Überwachungsfälle laufend betreut und neu angefallene Vorgänge in diese Bearbeitung aufgenommen.

Nach einem deutlichen Anstieg der Gesamtzahl der Jahresvorgänge von 2015 bis 2017, hat sich dieses Jahr die Normalisierung aus dem Jahr 2018 und 2019 bestätigt. Es kamen auch 2020 wenige neue Vorgänge hinzu.

Daneben wurden die neuen und laufenden Vorgänge im Altlasten-, Bodenschutz- und Dateninformationssystem (ABuDIS) bzw. im Altlastenkataster regelmäßig gepflegt. Auf Antrag wurden aus diesen Registern außerdem schriftliche Auskünfte erteilt.

	2019	2020	Veränderung
Anzahl der Altlastenauskünfte	54	93	72,2 %

Die Vorgänge unter „zur Aufarbeitung“ sind Altfälle, bei denen früher keine weiteren Maßnahmen mehr veranlasst wurden. Diese werden sukzessive auf den aktuellen Stand gebracht. Das Register „Planung“ bezeichnet Vorgänge, die für eine zukünftige nähere Betrachtung vorgemerkt wurden:

	2019	2020	Veränderung
zur Aufarbeitung	0	0	- %
Planung	12	13	8,3 %
laufend	43	43	0,0 %
abgeschlossen	8	2	-75,0 %
Gesamt	63	58	-7,9 %

Zusätzlich werden in diesem Tätigkeitsbereich teilweise die Anzeigeverfahren für Grundwassermessstellen mit übernommen.

	2019	2020	Veränderung
laufend	15	24	60,0 %
abgeschlossen	11	11	0,0 %
Gesamt	26	35	34,6 %

Fachkundige Stelle für Wasserwirtschaft

	2019	2020	Veränderung
Bauanträge, Anträge nach BImSchG (inkl. Anzeigen nach § 15 BImSchG)			
Stellungnahmen zu Industrie, Gewerbe, Wohngebäuden und Anlagen in Wasserschutzgebieten	194	258	33,0 %
Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Anlagen und Biogasanlagen	223	229	2,7 %
Stellungnahmen zu Anlagen an Gewässern der dritten Ordnung oder Überschwemmungsgebieten	66	108	63,6 %
Technische Gewässeraufsicht			
Stellungnahmen zu Industrie, Gewerbe und sonstigen Anlagen	52	96	84,6 %
Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Anlagen und Biogasanlagen	49	45	-8,2 %
Eingabe von Cross Compliance Verstößen	5	4	-20,0 %
BImSchG-Anlagen			
Schlussabnahmen nach BImSchG, Begehungen nach Störfallverordnung	46	13	-71,7 %
Scoping-Termine	23	23	0,0 %
Kleinkläranlagen, Wärmepumpen			
Plausibilitätsprüfungen von Gutachten zu Kleinkläranlagen	0	0	- %
Stellungnahmen zu Kleinkläranlagen	2	1	-50,0 %
Stellungnahmen zu Geothermie	3	2	-33,3 %

8. Baurecht

Bauverwaltung

Im Jahre 2020 wurden im Bauamt 2.142 Bauanträge registriert (2019: 2.096). Die Veränderungen in den einzelnen Bereichen sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

Die aufgrund der letzten großen Bauordnungsnovelle gestärkte Selbstverantwortung der Bauherren, Planer und Statiker führte auch in 2020 zu einem unverhältnismäßig hohen Beratungsbedarf sowie zu erhöhten Nachforderungen von fehlenden Nachweisen und Bauvorlagen, insbesondere auch nach Fertigstellung der Bauvorhaben (technische Nachweise).

Im Jahr 2020 wurden 31 Baugenehmigungen (2019: 38) mit einer Investitionssumme größer 1,0 Mio. EUR erteilt. Das Gesamtinvestitionsvolumen dieser Bauvorhaben beträgt 157,5 Mio. EUR (2019: 215,2 Mio. EUR).

Anzahl der Bauvorhaben

	2019	2020	Veränderung
Wohnbauvorhaben	820	887	8,2 %
Garagen	126	143	13,5 %
Freistellungen, isolierte Befreiungen	321	422	31,5 %
Landwirtschaft	220	218	-0,9 %
Gewerbe, Industrie	225	194	-13,8 %
kommunale und kirchliche Vorhaben	94	50	-46,8 %
Sporteinrichtungen	9	9	0,0 %
sonstige Sporteinrichtungen	1	1	0,0 %
Denkmalschutz, Abbrüche, Sonstige	280	218	-22,1 %
Gesamt	2.096	2.142	2,2 %

	2019	2020	Veränderung
Ordnungswidrigkeitenverfahren	46	73	58,7 %
davon			
eingestellt	3	2	-33,3 %
erlassene Bußgelbescheide	9	9	0,0 %
noch nicht abgeschlossen	33	61	84,8 %
aus früheren Jahren eingeleitete, erlassene Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitenverfahren	17	35	105,9 %
bearbeitete Einsprüche	8	9	12,5 %
Klageverfahren	75	17	-77,3 %
Klagen gegen emissionsschutzrechtliche Genehmigungen	0	0	- %
Stellungnahmen zu Verfahren beim BayVGH	3	1	-66,7 %

Genehmigungsverfahren Flächennutzungspläne bzw. deren Änderungen

	2019	2020	Veränderung
Flächennutzungsplanverfahren	14	13	-7,1 %
davon genehmigt	14	12	-14,3 %

Vollzug sozialer Wohnungsbau

	2019	2020	Veränderung
Gespräche zur Förderfähigkeit	205	98	-52,2 %
baufachliche Prüfung bzw. technische Bearbeitung	85	43	-49,4 %

Vollzug des Denkmalschutzgesetzes

	2019	2020	Veränderung
Anträge auf denkmalrechtliche Erlaubnisse und Anfragen	106	98	-7,5 %
davon abgelehnt	3	0	-100,0 %
zurückgenommen	9	1	-88,9 %
in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege			
Einzelberatungen bei Ortseinsichten	128	98	-23,4 %
Beratungstage	23	10	-56,5 %

Weitere Daten

	2019	2020	Veränderung
Verkehrswertermittlungen Gutachten im Rahmen der Amtshilfe	8	5	-37,5 %
Förderung des Erwerbs von vorhandenem Wohnraum	163	106	-35,0 %
Rohbau-, Schluss- und Nachkontrollen, Schnurgerüstabnahmen, Baukontrollen, Abnahme fliegender Bauten, Gaststätten und sozialer Wohnungsbau	ca. 850	ca. 940	10,6 %
Abgeschlossenheitsbescheinigungen	63	51	-19,0 %
Pfandfreigaben	19	13	-31,6 %

9. Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung

Wirtschaftsförderung

Das Jahr 2020 war auch für das Sachgebiet Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung ein außergewöhnliches Jahr. Lediglich bis Mitte März erfolgte Normalbetrieb. Bis dahin konnte noch das Unternehmerforum in Rothenburg o.d.T. erfolgreich durchgeführt sowie die vorbereitenden Konferenzen „roasted 2020“ für die Kommunalwahl veranstaltet werden.

Die im Laufe des Jahres ausgefallenen Veranstaltungen wurden vielfach durch Telefon- und Videokonferenzen ersetzt. Dies und auch die übrige Arbeit im Bereich Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung ist nur dann möglich, wenn langjährige Kontakte genutzt werden können. Der Aufbau neuer Kontakte ist in Corona-Zeiten außerordentlich schwierig.

Es wurden auch noch die konstituierenden Sitzungen der drei Industrie- und Handelsgremien Ansbach, Rothenburg o.d.T. und Dinkelsbühl begleitet, um die neuen Mitglieder kennenzulernen.

Die Sprechstage der Aktivsenioren wurden weiterhin monatlich organisiert. Teilweise wurde hier die Beratung telefonisch oder über Video vorgenommen.

Das Interesse an Existenzgründungen hat im Jahr 2020 zugenommen. Da insbesondere Arbeitnehmer aus Branchen, die ihren Personalbestand abbauen oder wie die Firma NBHX Trim in Heilsbronn ganz geschlossen haben, nach neuen Möglichkeiten suchen. Auch Arbeitnehmer, die frühverrentet wurden, suchen soweit dies zulässig ist, selbständige Betätigungsmöglichkeiten.

Betriebserweiterungen wurden geplant und realisiert, wenn auch in geringerem Umfang als in den Vorjahren.

Die Wirtschaftsförderung analysiert kontinuierlich die Entwicklung der Gewerbeflächen in den 58 Städten und Gemeinden des Landkreises. Es zeigt sich, dass der Bestand an Gewerbeflächen durch ein lebhaftes Veräußerungsgeschäft in den letzten 10 Jahren mit im Durchschnitt 30 ha verkauften Gewerbeflächen pro Jahr deutlich geschrumpft ist.

Gemeinsam mit der Stadt Ansbach wurden die Voraussetzungen für die Antragsstellung zur Gründung eines Digitalen Gründerzentrums Stadt und Landkreis Ansbach geschaffen. Der vorläufige Maßnahmenbeginn wurde im Dezember 2020 von der Regierung von Mittelfranken erteilt. Das Digitale Gründerzentrum soll Standorte in Ansbach und Triesdorf/Merkendorf erhalten. Gerade die Hochschule Triesdorf ist sehr aktiv in der Erforschung und Erprobung von IT-Techniken im gesamten Bereich der grünen Branche.

Im Frühjahr 2020 wurde das Landkreismagazin herausgegeben. Das Thema war Bildung und Innovation im Landkreis Ansbach.

Die Entwicklung zum Fairtrade Landkreis Ansbach wurde durch die Gründung einer Arbeitsgruppe sowie eine Fairtrade-Ausstellung initiiert. Mehrere Städte und Gemeinden im Landkreis Ansbach sind inzwischen Fairtrade-Gemeinden.

Die unabhängige Energieberatung wird von Bürgern und Unternehmen im Landkreis stark nachgefragt. Die Fördersituation ist für diese oft unübersichtlich, da die Förderprogramme und Förderbedingungen häufig geändert werden.

Das Projekt Fränkische Moststraße konnte durch das Förderprogramm „Regionale Identität“ des Heimat- und Finanzministeriums vorangebracht werden. Die WirtschaftsförderungsgmbH hat hierfür einen Kooperationsvertrag mit dem Fränkische Moststraße e.V. geschlossen.

Das Biomasseinstitut in Triesdorf ist durch eine Vielzahl an Projekten sehr aktiv. Das Interesse an den Themen in der Fachwelt ist außerordentlich hoch. Das Biomasseinstitut wird von uns durch die Mitgliedschaft im Beirat begleitet und unterstützt.

Das Infrastrukturprojekt Tennetleitung Raitersaich-Altheim wurde begleitet.

Die Kommunalen Allianzen Rothenburger Land, Lokale Aktionsgruppe Region Hesselberg, die Allianz A6 Altmühl mit dem Projekt gemeinsames Gewerbegebiet sowie der Marketingausschuss des Tourismusverbandes Romantisches Franken sowie das Projekt Artlandkreis Ansbach werden im Rahmen der Strategie Vernetzung der Netzwerkpartner gefördert.

Die weitere Entwicklung des Förderprojektes Fischwirtschaftsgebiet Karpfenland Romantisches Franken muss, nach dem in den Vorjahren größere Projekte abgewickelt wurden, abgewartet werden.

Wichtige Bereiche aus der Regionalentwicklung sind beispielsweise das Projekt Aus- und Weiterbildung in Teilzeit, die Gesundheitsregion^{plus}, die Erstellung von Schulprofilen, der Landkreiskalender 2021 sowie die sehr intensive Unterstützung der Direktvermarktung regionaler Produkte im Landkreis Ansbach. Bei diesem Punkt darf darauf hingewiesen werden, dass im Lebensmittelbereich ein sehr intensiver Wettbewerb herrscht, den wir nicht beeinflussen können. Wir können lediglich auf die verschiedenen Angebote hinweisen. Alle Angebotsformen Direktvermarktung, Metzger, Bäcker, Lebensmittelhandel in allen Größenordnungen haben ihre Berechtigung für eine angemessene Versorgung der Bevölkerung. Letztlich entscheidet der Verbraucher, welches Angebot, zu welchem Preis er wann wahrnimmt.

Im Rahmen der Bildungsregion wurde das Dialogforum 2020 trotz Corona durchgeführt, allerdings in virtueller Form mit sechs Veranstaltungen, die großes Interesse hervorriefen und alle erfolgreich absolviert werden konnten.

Insgesamt konnte das Regionalmanagement somit sein Programm trotz Corona weitgehend erfüllen. Die nicht stattgefundene Beiratssitzung wurde durch eine Befragung ersetzt.

Die Firmenbesichtigungen mit Herrn Landrat Dr. Ludwig mussten leider durch Corona gekürzt werden. Wir konnten dennoch die Firma Planex in Aurach, die Firma Rehau in Feuchtwangen, die Firma TVU in Leutershausen sowie die Firma Schwab Tiefbau in Haasgang besichtigen. Auch konnten wir im Rahmen des Unternehmerforums 2020 am 8. Februar 2020 in Rothenburg den Innovationspreis des Landkreises Ansbach an die Firma Eberhardt Lichtenau verleihen. Ein Infoabend mit Gründerinnen konnte vor den starken Corona-Einschränkungen in Ansbach stattfinden.

Das Kennametal-Gelände in Lichtenau wurde gemeinsam mit dem Bürgermeister und einem Vertreter der Firma besichtigt. Es sieht zum Jahresende 2020 so aus, dass wohl ein Käufer gefunden ist.

Die Umwelt- und Agenda 21-Preise wurden vorbereitet und verliehen.

Es wurden eine ganze Reihe von Firmen ausgezeichnet, die sich an dem freiwilligen Projekt „Umwelt- und Klimapakt Bayern“ beteiligen. Es handelt sich sowohl um produzierende Firmen, wie auch Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen.

Das Projekt Atommüll-Endlagersuche, das sich in einem sehr frühen Stadium befindet, ist dennoch auf der Ebene der Landkreise und Gemeinden angekommen. Derzeit wird die Frage untersucht, in welchen Gebieten Deutschlands der geologische Untergrund überhaupt die Anlage eines derartigen Lagers ermöglicht.

Für das Integrierte Klimaschutzkonzept hat der Klimaschutzmanager seine Arbeit zum 1. Mai 2020 aufgenommen. Die wesentlichen Punkte, die den Klimaschutz im Landkreis Ansbach betreffen, wurden bereits erarbeitet. Kennzeichnend für den Landkreis sind eine sehr starke Pkw-Nutzung, eine sehr differenzierte Nutzung im Wärmebereich aufgrund der Streusiedlungsstruktur und eine sehr starke Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen. Derzeit wird in einer Umfrage ermittelt, wie die Meinung der Bürger im Landkreis Ansbach zu diesen Themen aussieht.

Die Städtebauförderung findet im Landkreis Ansbach großes Interesse. Die Gemeinden sind bisher auch in der Lage ihren Eigenanteil für die Projekte zu leisten. Es ist jedoch bei den mittelfristigen Annahmen zu erkennen, dass einige Gemeinden wohl doch erhebliche Schwierigkeiten bekommen, ihren Eigenanteil zu erbringen. Die Förderanteile müssen deshalb hochgehalten werden.

Der Gutachterausschuss des Landkreises Ansbach am Landratsamt wurde neu formiert.

Der Grundstücksverkehr im Landkreis Ansbach hat 2020 einen Rekordumsatz von über 410 Mio. EUR (vorläufig, ohne Nachzügler) erreicht. Zum Vergleich: Der Umsatz betrug 2018 344 Mio. EUR und 2015 erst 252 Mio. EUR. Das heißt, es erfolgte innerhalb von fünf Jahren ein Umsatzzanstieg von über 62 %.

Der Umsatz 2020 teilt sich auf in:

- 892 Kauffälle bebaute Grundstücke zu 237 Mio. EUR
- 1.167 Kauffälle unbebaute Grundstücke zu 87 Mio. EUR
- 414 Kauffälle Wohnungseigentum zu 86 Mio. EUR

Nach dem Grundstücksverkehrsgesetz waren im Jahr 2020 von uns 875 Fälle zu behandeln (vorläufig, ohne Nachzügler). Folgende Punkte fallen beim Grundstücksverkehr im Landkreis Ansbach auf: Die Preise für gebrauchte Wohnimmobilien steigen in den meisten Städten und Gemeinden weiterhin an. Käufer, die nicht aus dem Landkreis Ansbach kommen, bezahlen Preise, die bisher in unserem Landkreis nicht üblich waren. Im land- und forstwirtschaftlichen Sektor ist zu beobachten, dass das Interesse an Waldgrundstücken stärker nachgelassen hat, Ackerflächen jedoch weiterhin gesucht sind, insbesondere dort, wo starke Rinderhaltung und Biogasanlagen konzentriert vorkommen. Der landwirtschaftliche Strukturwandel läuft wie bisher weitgehend über den Pachtmarkt ab.

Zusammenfassend ist zur Entwicklung im Landkreis Ansbach zu sagen, dass bereits im Herbst 2019 eine Schwäche im Bereich Automobilzulieferer und Automobildienstleister feststellbar war, welche dann durch die Corona-Krise deutlich verstärkt wurde. Die Branchen, die durch Corona besonders geschwächt wurden, wie der Einzelhandel, die Gastronomie, Veranstalter und Messeunternehmen, sowie der gesamte kulturelle Bereich, sind auch im Landkreis Ansbach ganz erheblich betroffen. Andere Branchen konnten sich im Jahr 2020 besser

behaupten, z.B. Teile der Industrie, das Bauhandwerk, und die Bauindustrie; auch IT-Unternehmen, der Onlinehandel, Teile der Transport- und Lagerwirtschaft hatten im Jahr 2020 gute Umsätze zu verzeichnen. Bei den Dienstleistern gibt es große Unterschiede. Einige Branchen sind aktuell gut ausgelastet, z.B. die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, andere sind derzeit zwangsweise geschlossen.

Insgesamt kam der Landkreis Ansbach auch dank der staatlichen Unterstützung und der Kurzarbeiterregelungen bisher als heterogen strukturierter ländlicher Raum vergleichsweise gut durch die Corona-Krise. Dies gilt jedoch nur im Durchschnitt, da es einzelne Existenzen ganz erheblich, bis hin zu Insolvenzen und Geschäftsaufgaben getroffen hat. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie werden erst in den nächsten Jahren erkennbar sein. Die erforderlichen Auswirkungen und Anpassungsmaßnahmen werden dabei sicherlich je nach Branche, Unternehmen und Ort ganz unterschiedlich sein.

10. Gleichstellung

Themenschwerpunkte 2020 waren:

- Beratungsgespräche mit Frauen und Männern aus dem Landkreis und dem Landratsamt
- mehrere Treffen der Arbeitsgruppe Runder Tisch für ein gewaltfreies Miteinander (AGfgM) in Präsenz- und Videokonferenzen
- Mitarbeit in der Projektgruppe „Gesund aufwachsen“
- Mitarbeit und mehrere Treffen der Arbeitsgruppe der mittelfränkischen Gleichstellungsbeauftragten, Fortbildung der Landesarbeitsgemeinschaft der Bayerischen Gleichstellungsstelle (LAG) „Umsetzung der Istanbul-Konvention“ auf kommunaler Ebene
- Mitarbeit und mehrere Treffen des Arbeitskreises Geschlechtersensible Jugendarbeit sowie mehrere Online-Netzwerktreffen zu einer mittelfrankenweiten Aktion #wirsinddiehaelfte am Internationalen Mädchentag am 11. Oktober 2020
- Organisation und Vorbereitung des Projektes „Koffer der Vielfalt“, in Kooperation mit der kommunalen Jugendarbeit. Vorstellung des Koffers am 12. Oktober 2020 in der Kindertagesstätte St. Georg in Dinkelsbühl, Organisation des weiteren Verleihes an Kindertageseinrichtungen und pädagogisches Fachpersonal der Kindertagespflege im Landkreis Ansbach
- Organisation und Vorbereitung einer Takeover Aktion im Rahmen des Internationalen Mädchentages
- Organisation und Vorbereitung zum „Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November 2020 unter dem Motto „Gewalt kommt mir nicht in die Tüte“. Landkreisweite Brötchentütenaktion der AGfgM in Kooperation mit der Bäckerinnung. Umsetzung der bundesweiten Initiative „Stärker als Gewalt“ mit der Poster Aktion „Zuhause nicht sicher“.
- Planung und Durchführung mehrerer Infoveranstaltungen „Aus- und Weiterbildung in Teilzeit“ als Präsenz- und Onlineveranstaltungen in Kooperation mit den Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt.
- Planung und erste Vorbereitung des Internationalen Frauentags am 8. März 2021
- Planung und Organisation der Ausstellung #wirsinddiehaelfte im Brückencenter vom 30. Oktober bis 12. November 2020
- Planung und Organisation zum „One Billion Rising“ (Tanz gegen Gewalt) am 14. Februar 2021
- Realisierung des Flyers „Hilfe suchen, hilft!“, ein Projekt der AGfgM
- Vorbereitung und Organisation der vierwöchigen Kinderbetreuung der Beschäftigten des Landratsamtes und weiterer 15 Behörden in den Sommerferien 2020 in den Räumen der Realschule Ansbach

11. Sicherheit und Ordnung

	2019	2020	Veränderung
Freiwillige Feuerwehren	310	306	-1,3 %
aktive Feuerwehrdienstleistende	10.863	10.629	-2,2 %
davon Frauen	1.152	1.119	-2,9 %
Jugendgruppen	128	129	0,8 %
Feuerwehranwärter	1.049	1.061	1,1 %
davon Frauen	278	288	3,6 %
Werkfeuerwehren	2	2	0,0 %
Mitglieder der Werkfeuerwehren	82	82	0,0 %

2020 wurden 13 Anträge (2019: 20) zur Förderung des Feuerwehrwesens nach den staatlichen Zuwendungsrichtlinien eingereicht und bearbeitet (zwölf Anträge für Fahrzeuge und Geräte, ein Antrag für Schutzkleidung). Zudem wurden insgesamt ca. 1,0 Mio. EUR für Maßnahmen ausgezahlt.

Ausbildung

120 Anmeldungen zu den Feuerweherschulen Würzburg, Regensburg und Geretsried wurden 2020 bearbeitet und weitergegeben (2019: 247).

Ehrungen

	2019	2020	Veränderung
Silbernes Ehrenzeichen	193	74	-61,7 %
Goldenes Ehrenzeichen	184	94	-48,9 %
Vorschlagslisten	149	71	-52,3 %

Aufgrund der Corona-Pandemie mussten die Ehrungen von weiteren 40 Vorschlagslisten verschoben werden.

Größere Schadensereignisse 2020

17.01.2020	Wohnhausbrand in der Innenstadt in Herrieden
23.03.2020	Wohnhausbrand in Herrieden
30.05.2020	Großbrand eines Geflügelstalls in Lehrberg
21.07.2020	Brand einer Salzlagerhalle in Feuchtwangen
01.08.2020	Großbrand Bauernhof in Windsbach
06.10.2020	Wohnhausbrand in Schnelldorf
01.12.2020	Gefahrstoffaustritt in Schillingsfürst

Zivile Verteidigung, Zivilschutz und Katastrophenschutz

Unterhaltung und Betrieb der bundeseigenen Katastrophenschutzfahrzeuge

	2019	2020	Veränderung
Erweiterung von Fahrerlaubnissen	-	- €	- %
Wartung und Instandsetzung	5.079,99 €	8.039,38 €	58,3 %
pauschale Kostenerstattung auf Standortebene	6.181,20 €	6.223,20 €	0,7 %
Gesamt	11.261,19 €	14.262,58 €	26,7 %

Technisch Taktische Betriebsstelle

- Anpassung der Geräteprogrammierung im Einzelfall (z.B. für LARDIS)
- Durchführung und Überwachung von Reparaturaufträgen
- Erfassung und Fortschreibung der Gerätedaten in ELDIS in der ILS (Integrierte Leitstelle)
- Erfassung und Inbetriebnahme nachbeschaffter Endgeräte
- Sonderfälle in Zusammenarbeit mit der AS-BY (Autorisierte Stelle Bayern) bearbeitet (z.B. Ursachenforschung wechselhafter Funkversorgung in Dombühl)
- Unterstützung der Feuerwehren bei der Antragstellung für FRT (Fixed Radio Terminal = stationäres Funkgerät/Funkstation)

Brandschutzdienststelle

	2019^{*)}	2020	Veränderung
Vorgänge gesamt	-	274	- %
Orstermine	-	11	- %
immissionsschutzrechtliche Bewertungen	-	92	- %
störfallrechtliche Bewertungen	-	13	- %
baurechtliche Bewertungen	-	103	- %
Bauleitplanung	-	59	- %
geprüfte Feuerwehrpläne	-	183	- %

^{*)} Datenerhebung erfolgte ab 2020

Allgemeines Sicherheitsrecht

	2019	2020	Veränderung
Ordnungswidrigkeitenverfahren nach OWiG, Versammlungsgesetz, Feiertagsgesetz, LStVG und VVB	62	67	8,1 %
Erlaubnisverfahren nach dem Landesstraß- und Verordnungsgesetz für motorsportliche Veranstaltungen	4	0	-100,0 %
Anmeldeverfahren für Manöver und Übungen der Bundeswehr- und Stationierungstreitkräfte	12	12	0,0 %
Auflagenbescheide und Anmeldebestätigungen für Veranstaltungen nach dem Versammlungsgesetz (Demonstrationen, Lichterketten, politische Kundgebungen)	26	51	96,2 %
Kehrbezirksüberprüfung mit Überprüfung der Geschäftsunterlagen	0	7	- %
Festsetzung rückständiger Schornsteinfegergebühren	3	0	-100,0 %
Verfahren zur Durchsetzung der Kehrpflicht nach dem Schornsteinfegerhandwerksgesetz	38	53	39,5 %
davon			
Anmahnungen	25	40	60,0 %
Zweitbescheide	9	13	44,4 %
Ersatzvornahmen	3	10	233,3 %
Bußgeldverfahren	1	2	100,0 %
Verfahren nach dem Gesetz über die Unterbringung psychisch Kranker und deren Anordnungen von Unterbringungen und Einleitung von vorbereitenden Verfahren	120	144	20,0 %

Waffenrecht

	2019	2020	Veränderung
Anzahl der Schützenvereine und Soldatenkameradschaften	137	137	0,0 %
Schießstätten neu zugelassen	1	0	-100,0 %
Schießstätten vorübergehend zugelassen	1	0	-100,0 %
Schießstätten turnusgemäß überprüft	39	32	-17,9 %
Schießstätten noch im Bau	3	4	33,3 %
Waffenbesitzkarten (WBK) neu einschließlich Sportschützen	209	197	-5,7 %
Waffenbesitzkarten (WBK) erweitert/ Änderungen in WBK – Eintragungen	1.155	1.131	-2,1 %
Änderungen in WBK – Austragungen	965	738	-23,5 %
Munitionserwerbsberechtigungen und -erwerbsscheine	228	167	-26,8 %
Waffenscheine (Neu und Verlängerung)	0	0	- %
kleiner Waffenschein	175	131	-25,1 %
sonstige Erlaubnisse	18	25	38,9 %
Erlaubnis nach § 27 SprengG	69	64	-7,2 %
Europa-Waffenpass	29	25	-13,8 %
Europa-Waffenpassverlängerung	18	16	-11,1 %
Waffen-Handelserlaubnisse	0	0	- %
Ausnahmegenehmigungen – Jungschützen (unter zwölf Jahren)	77	63	-18,2 %
Unbedenklichkeitsbescheinigungen (§ 34 Abs. 2 SprengstoffG)	21	6	-71,4 %
OWi-Verfahren WaffG und SprengG	48	44	-8,3 %
Überprüfung von Fundwaffen	11	20	81,8 %
Waffenführen bei öffentlichen Veranstaltungen (Bescheide)	7	9	28,6 %
Zuverlässigkeitsüberprüfungen	3.099	2.796	-9,8 %
Waffenbesitzverbote	6	9	50,0 %
Widerruf von waffenrechtlichen Erlaubnissen	21	18	-14,3 %
Schalldämpfer	78	118	51,3 %
unangemeldete Kontrollen der Waffenaufbewahrung	252	70	-72,2 %

In 2020 wurden 33 erlaubnispflichtige und diverse andere Waffen und Munition zur Vernichtung zum Landeskriminalamt nach München gebracht.

12. Ausländer-, Staatsangehörigkeits- und Personenstandsrecht

Meldewesen

	2019	2020	Veränderung
Gesamtzahl der Einwohner im Landkreis (jeweils zum 30.06.)	184.293	184.851	0,3 %
Zahl der Ausländer im Landkreis	17.073	17.794	4,2 %

Die Steigerung erklärt sich, wie im vergangenen Jahr, größtenteils durch den Zuzug von EU-Staatsangehörigen wegen der angespannten Wirtschaftslage im Heimatland.

Aufenthaltstitel/Aufenthaltsgestattungen/Duldungen

	2019	2020	Veränderung
ausgestellte Aufenthaltstitel	2.275	1.940	-14,7 %
Aufenthaltsgestattungen (Trägervordrucke)	557	393	-29,4 %
Aufenthaltsgestattungen (Etiketten)	1.412	1.008	-28,6 %
ausgestellte Duldungen (Trägervordrucke)	278	396	42,4 %
ausgestellte Duldungen (Etiketten)	763	1.070	40,2 %
Fiktionsbescheinigungen	355	801	125,6 %
ausgestellte Reiseausweise für Flüchtlinge	387	153	-60,5 %

Visaverfahren

	2019	2020	Veränderung
Visa-Zustimmungen gegenüber deutschen Auslandsvertretungen	184	211	14,7 %
Ablehnungen	16	2	-87,5 %

Integrationskurse

	2019	2020	Veränderung
ausgegebene Berechtigungsscheine zur Teilnahme an einem Integrationskurs	153	107	-30,1 %
ausgesprochene Verpflichtungen zur Teilnahme	130	93	-28,5 %

Befragungen im Zusammenhang mit dem Terrorismus-Bekämpfungsgesetz

	2019	2020	Veränderung
durchgeführte Befragungen	88	70	-20,5 %

Befragungen bei Verdacht auf Scheinehe

	2019	2020	Veränderung
durchgeführte Befragungen	5	3	-40,0 %

Aufenthaltsbeendigungen

	2019	2020	Veränderung
Ausweisungen	6	3	-50,0 %
Abschiebungen	2	2	0,0 %
Zwangsüberstellungen in den zuständigen Mitgliedsstaat zur Durchführung des Asylverfahrens (Dublin III-VO)	0	0	0,0 %

Asylbewerber/ehemalige Asylbewerber

	2019	2020	Veränderung
Asylbewerber im Anerkennungsverfahren	419	279	-33,4 %
abgelehnte Asylbewerber mit rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren (Ausreisepflicht momentan nicht durchsetzbar, deshalb geduldet)	284	346	21,8 %
organisierte Vorführungen bei den jeweiligen Auslandsvertretungen zwecks Identitätsfeststellung und Ausstellung von Passersatzpapieren	0	1	- %
Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, aus verschiedenen Bundeskontingenten inkl. Flüchtlinge aus dem EU-Resettlement Programm	80	79	-1,3 %

Die Zahl der dem Landkreis zugeteilten Asylbewerber und Flüchtlinge ist im Jahr 2020 weiterhin zurückgegangen. Dafür ist die Zahl der ausreisepflichtigen ehemaligen Asylbewerber stark gestiegen. Auch die Anzahl der im Landkreis wohnenden Ausländer steigt nicht mehr so signifikant wie in den Jahren zuvor (ausgenommen der Zuzug von EU-Bürgern).

Die organisierten und kontrolliert freiwilligen Ausreisen sowie die Rückführungen durch Abschiebung werden gegenwärtig zum großen Teil durch die Zentrale Ausländerbehörde Mittelfranken (ZAB) durchgeführt.

Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

	2019	2020	Veränderung
Verpflichtungserklärungen und Geschäftseinladungen insgesamt	628	241	-61,6 %

Sonstiges

	2019	2020	Veränderung
kurzfristige Verlängerungen von Besuchervisa (inkl. Verlängerung visumsfreien Aufenthalt; hohe Zahl bedingt durch die Corona-Pandemie)	8	212	2.550 %
Stellungnahmen gegenüber deutschen Auslandsvertretungen (zur Erteilung eines Wieder-Einreisevisums; Aufenthaltserlaubnis im Ausland abgelaufen, Wohnsitz in Deutschland ist noch aktuell)	6	2	-66,7 %

Einbürgerungen

	2019	2020	Veränderung
Einbürgerungen	193	176	-8,8 %
abgeschlossen durch Einbürgerung	120	137	14,2 %
davon mit Auflagenbescheid (Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit)	30	34	13,3 %
abgeschlossen durch Antragsrücknahme nach Beratung bzw. Einstellungsbescheid	30	17	-43,3 %
erteilte Einbürgerungszusicherungen	46	23	-50,0 %
derzeit in Bearbeitung	161	164	1,9 %
überwachungspflichtige Optionsdeutsche	399	417	4,5 %
Feststellung des Bestehens der deutschen Staatsangehörigkeit und Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen	12	4	-66,7 %
Verfahrenseinstellungen	5	0	-100,0 %
Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit	0	0	- %
Beibehaltungsantrag mit Überwachung	1	3	200,0 %

Die Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises ist aufgrund mehrerer Entscheidungen der Verwaltungsgerichte weiterhin richtungsweisend. Die Gerichte haben entschieden, dass es am erforderlichen schutzwürdigen Sachbescheidungsinteresse fehlt, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit zweifelsfrei und nicht klärungsbedürftig ist.

Personenstandsrecht/Standesamtsaufsicht

	2019	2020	Veränderung
Vorlagen an Standesamtsaufsicht	72	49	-31,9 %
Vorlagen an das Amtsgericht	11	2	-81,8 %
Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für das Standesamt, zur Bestellung der Standesbeamten	8	1	-87,5 %

Namensänderungsverfahren

	2019	2020	Veränderung
abgeschlossene Verfahren	31	17	-45,2 %
laufende Verfahren	22	28	27,3 %

OWiG nach dem Pass-, Ausweis- und Melderecht

	2019	2020	Veränderung
Bußgeldbescheide	4	6	50,0 %

13. Gewerbe-, Jagd- und Fischereirecht

	2019	2020	Veränderung
Gewerbebeanmeldungen	1.848	1.942	5,1 %
Gewerbeabmeldungen	1.479	1.308	-11,6 %
Gewerbeummeldungen	660	690	4,5 %
Gaststättenerlaubnisse nach § 2 Abs. 1 GastG	28	6	-78,6 %
vorläufige Erlaubnisse nach § 11 GastG und deren Verlängerungen	20	15	-25,0 %
Erteilung, Verlängerung, Erweiterung von Reisegewerbekarten	23	27	17,4 %
Bewachungserlaubnisse nach § 34a GewO	2	0	-100,0 %
anhängige Gewerbeuntersagungsverfahren	48	29	-39,6 %
Spielhallenerlaubnis (Gewerbe- und Glückspielrecht)	3	0	-100,0 %

Jagdscheine

	2019	2020	Veränderung
erteilte Jahresjagdscheine			
für Inländer	72	62	-13,9%
für Falkner	0	0	0,0 %
für Ausländer	9	8	-11,1%
für Jugend	3	1	-66,7%
erteilte Tagesjagdscheine			
für Inländer	1	0	-100,0 %
für Ausländer	43	12	-72,1 %
erteilte 3-Jahresjagdscheine			
für Inländer	487	454	-6,8 %
für Falkner	4	12	200,0 %
für Ausländer	13	11	-15,4 %
Gesamt	632	560	-11,4 %

Es erfolgten 580 Überprüfungen der jagd- und waffenrechtlichen Zuverlässigkeit der Jagdscheininhaber im Dreijahresrhythmus.

Fischereirecht

	2019	2020	Veränderung
angezeigte Fischereipachtverträge	43	56	30,2 %
Genehmigungen für Fischereierlaubnisscheine	17	18	5,9 %
Bestätigung von Fischereiaufsehern	0	5	- %
Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Fischerei	1	1	0,0 %

14. Humanmedizin

Weltweit und auch in der Geschichte des Gesundheitsamtes hat zum ersten Mal ein Thema die Arbeit in einem Maße geprägt, wie es bisher noch nie der Fall war. Die Bewältigung der Corona-Pandemie war das bestimmende Element aller Aufgaben. Ziel dabei ist es, das Virus einzudämmen, Infektionsketten nachzuverfolgen und eine unkontrollierte Ausbreitung zu verhindern.

Das Gesundheitsamt des Landkreises Ansbach hat sich Herausforderungen stellen müssen, die den Einsatz aller Mitarbeiter in einer bisher noch nicht dagewesenen Form bedurfte. Frühzeitig wurden dabei in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Ressorts, erforderliche Strukturen geschaffen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus entwickelt und umgesetzt.

Seit Beginn der Pandemie unterstützen Beschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen des Landratsamtes das Gesundheitsamt, damit auf die dynamische Entwicklung des Pandemiegeschehens situationsangepasst und flexibel reagiert werden kann. So mussten und müssen immer wieder Anpassungen der Prozesse zur Eindämmung der Pandemie vorgenommen werden, die dem sich rasch weiter entwickelnden Stand der Wissenschaft Rechnung tragen

Viele Einschränkungen und Eingriffe in das persönliche Leben der Bürger waren unvermeidlich. Der Kontakt zu den Bürgern fand, so gut als irgend möglich, unterstützend, schnell und unbürokratisch stand. Viele Fragen tauchten für die Bevölkerung auf und manche Sorgen und Ängste wurden im Telefonat besprochen. Es besteht ein unvermindert starkes Informationsbedürfnis der Bevölkerung, dem seit dem 16. März 2020 durch ein Bürgertelefon für Fragen rund um das Coronavirus begegnet wird. Die Palette der Fragen reicht von allgemeinen Fragen bis hin zu gesundheitsspezifischen Fragen. Veröffentlichungen auf der Homepage des Landratsamtes bilden eine weitere Säule um aktuelle Informationen bereitzustellen.

Als wesentliches Kernelement zur Bewältigung der Corona-Pandemie sind eine frühzeitige Erkennung und Isolierung von Infizierten, ihren engen Kontaktpersonen und von Verdachtsfällen durch strikte Quarantänemaßnahmen erforderlich. Zu diesem Zweck wurde, ausgehend vom Bayerischen Gesundheitsministerium, ein sogenanntes Contact Tracing Team (CTT) eingerichtet. Diese mittlerweile fast 80 temporären CTT-Kräfte arbeiten, gemeinsam mit dem Stammteam, nahezu ununterbrochen an der bestmöglichen Eindämmung, Rückverfolgung und Unterbrechung von Coronavirus-Infektionsketten.

Das bedeutet, dass an allen Werktagen insgesamt ca. 100 Mitarbeiter des Gesundheitsamtes in der Pandemie-Bewältigung aktiv sind. Vom Befund-Eingang bis zur Entlassung aus der Quarantäne werden viele Arbeits- und digitale Dokumentationsschritte notwendig, die viel Zeit erfordern. So hat jeder positive Fall im Durchschnitt zehn Kontaktpersonen, die alle erfasst und kontaktiert, also nachverfolgt, werden. Im Schnitt sind täglich 1.500 ausgehende Telefonate mit Bürger*innen und Institutionen notwendig.

Es arbeiten jeweils mindestens 20 Mitarbeiter des Gesundheitsamtes auch an allen Feiertagen und Wochenenden in der Pandemie-Bekämpfung.

Auch für die Zukunft wird Corona in alle Bereiche des täglichen Lebens einwirken und weiterhin einen Kraftakt für das Gesundheitssystem und die gesamte Gesellschaft darstellen.

15. Gesundheits- und Veterinärwesen

Das Jahr 2020 machte im Veterinär- und Lebensmittelbereich deutlich, welche unmittelbaren Effekte Krisen, die nicht einmal direkt den Landkreis Ansbach und den Veterinärbereich selbst betreffen mussten, haben können. Unter dem Corona-Lockdown hat sich z.B. gezeigt, dass eine temporäre Schließung der hiesigen Hotel- und Gaststättenbetriebe unmittelbar zu befristet hohem Aufkommen von kontrollpflichtigen Lebensmittelexporten in Drittländer führt.

Gleichzeitig bestanden mehrfach im Jahr über mehrere Wochen Einschränkungen beim Außendienst (Lockdown), weil z.T. kontrollpflichtige Betriebsarten geschlossen waren (z.B. Gemeinschaftsverpflegung, Feste, Kirchweihen usw.) oder Kontaktbeschränkungen zu beachten gewesen sind (bei Vorträgen, Sachkundeprüfungen, Betriebskontrollen). Die Aufgaben im Außendienst verteilten sich deshalb auf ein engeres Zeitfenster oder konkurrierten miteinander (Priorisierung).

Die landwirtschaftlichen Betriebe standen 2020 v.a. bei der Schweineproduktion unter sehr großem Druck, bis zum Jahresende liefen die Übergangsfristen für die betäubungslose Ferkelkastration aus, die Betriebsleiter waren daher aufwändig zu schulen und die Sachkundeprüfungen abzulegen. Diese Schulungen und Prüfungen erfolgten nach Möglichkeit kontaktarm. Zeitgleich tritt seit Herbst 2020 die Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen in Brandenburg auf, was den Marktpreis für alle Produkte, auch bayerisches Schlacht- und Nutztvieh, erheblich unter Druck setzt.

Besondere Aufgabenschwerpunkte 2020:

- Außendienste und Außendienstplanung mussten immer unter dem Gesichtspunkt der Kontaktminimierung vorgenommen werden
- Auditierung des Veterinäramtes durch eine externe Beraterfirma auf Veranlassung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz
- sehr hohes Aufkommen an Tierschutzverstößen und -kontrollen, Steigerung der Anzeigen aus direkter Nachbarschaft
- sehr kurzfristig steigende Zahl von Exporten (v.a. verarbeitete tierische Lebensmittel)
- weitere Vorbereitungen auf den Ernstfall bei der Afrikanischen Schweinepest
- weitergehender Strukturwandel in der Tierhaltung (Konzentration der Tierhaltungsbetriebe, Zuwachs an alternativer Veredelung wie z.B. Biogas, Zuwachs an relevanten Hobbyhaltungen z.B. Imkerei, Geflügel, Liebhaberhaltungen usw.)

Hierzu sind u.a. folgende Punkte zu nennen:

Entwicklung Tierhaltungen - Übersicht Nutztierhaltung

Tierart	Anzahl Tiere 2019	Anzahl Tiere 2020	Veränderung	Anzahl Betriebe 2019	Anzahl Betriebe 2020	Veränderung
Rinder	113.291	109.403	-3,4 %	1.259	1.217	-3,3 %
Schweine	174.038	170.224	-2,2 %	828	757	-8,6 %
Schafe	18.323	16.522	-9,8 %	599	587	-2,0 %
Ziegen	1.056	1.101	4,3 %	307	299	-2,6 %
Pferde	4.760	4.808	1,0 %	921	935	1,5 %
Hühner	264.871	275.385	4,0 %	4.519	4.552	0,7 %
Puten	200.100	202.623	1,3 %	154	156	1,3 %
Gehegewild	1.300	1.333	2,5 %	68	76	11,8 %
Imkerei	5.230 (Völker)	5.685 (Völker)	8,7 %	876 (Völker)	929 (Völker)	6,1 %

Tierzahlen und Betriebszahlen im Landkreis Ansbach und in der Stadt Ansbach zusammengefasst

Tierseuchenbekämpfung/tierische Nebenprodukte

2019 musste für den Landkreis Ansbach ein Restriktionsgebiet wegen der Blauzungenerkrankung der Rinder ausgewiesen werden. Durch gute Impfdisziplin der Halter waren die Vermarktungsprobleme aus dem Jahr 2019 überwunden, Ende 2020 lies diese Impfdisziplin jedoch spürbar nach, weil die Aufhebung der Restriktionen in Bayern für das Jahr 2021 durch die landwirtschaftliche Presse in Aussicht gestellt wurde.

Auch 2020 wurden vermehrt Wildtiere zur pathologischen und mikrobiologischen Untersuchung angestellt, um Kenntnisse zu den Wildkrankheiten zu erzielen.

Zur Krisenvorbereitung wurden u.a. fünf Tierseuchenübungen (auf EDV-Basis, z.T. zusammen mit der zuständigen Mittelbehörde) vorgenommen, mehrere Such- und Bergeübungen vorgenommen, mit dem Katastrophenschutz und dem THW Dinkelsbühl die Fahrzeugschleuse aufgebaut und unter Realbedingungen beübt, eine Suchübung mit einem geprüften und mehreren in Ausbildung befindlichen Kadaversuchhunden durchgeführt sowie zusammen mit dem Nachbarlandkreis Weißenburg-Gunzenhausen eine Desinfektionsübung mit Schaumgerät und eine Suchübung mit einer Drohne mit Wärmebildkamera ebenfalls unter Realbedingungen (über dem Wildschweingatter) vorgenommen.

Anzeigepflichtige Tierseuchen

	Tierart	Anzahl der Fälle 2019	Anzahl der Fälle 2020	Veränderung
Salmonellose der Rinder	Rinder	2	0	-100,0 %
infektiöse Hämatoepoetische Nekrose der Salmoniden (IHN)	Forellen	1	0	-100,0 %

Meldepflichtige Tierkrankheiten

	Tierart und Anzahl der Fälle 2019	Tierart und Anzahl der Fälle 2020	Veränderung
Schmallenbergvirusinfektion (SBV)	Rind 3x	Rind 1x	-66,7 %
Chlamydiose	Schaf 1x Rind 0x	Schaf 0x Rind 1x	-100,0 % - %
Q-Fieber	Rind 4x	Rind 2x	-50,0 %
Salmonellose andere Tierarten	Schaf 2x Schwein 2x Geflügel 4x Hund 0x	Schaf 1x Schwein 3x Geflügel 0x Hund 1x	-50,0 % 50,0 % -100,0 % - %
Echinokokkose	Fuchs 3x	Fuchs 0x	-100,0 %
Paratuberkulose	Rind 0x	Rind 2x	- %
Campylobacteriose	Pute 0x Huhn 0x	Pute 2x Huhn 1x	- % - %
Mareksche Krankheit	Huhn 0x	Huhn 1x	- %
Tularämie	Feldhase 6x	Feldhase 2x	-66,7 %
Toxoplasmose	Katze 0x	Katze 1x	- %
Leptospirose	Schwein 1x	Schwein 1x	0,0 %
Vogelpocken Huhn	1x	0x	-100,0 %

In der Rezhalle Ansbach wurden im Jahr 2020 zahlreiche Märkte und Absatzveranstaltungen abgehalten. Dabei wurden die aufgetriebenen Tiere der amtstierärztlichen Eingangsunter-suchung unterzogen.

Anzahl Märkte/aufge-triebene Tiere und Jahr	Großvieh-markt	Kälber-markt	Schaf-markt	Fleischrinder-markt (zweijähriger Turnus)
Märkte 2020	9 ^{*)}	27	2	0
Tiere 2020	1.139	20.543	81	0
Märkte 2019	11	26	1	1
Tiere 2019	1.254	20.730	34	93

Tabelle: Markt- und Absatzveranstaltungen mit amtstierärztlicher Auftriebsuntersuchung
*) zwei Großviehmärkte Corona bedingt ausgefallen, 91 Tiere ab Stall vermarktet

Viehtransporte

Lebendtiertransporte in andere EU-Mitgliedstaaten bzw. in Drittländer wurden in 96 Fällen vom Veterinäramt abgefertigt.

Tierart	Transporte		Veränderung	Tierzahl bzw. Gewicht bei Fischen		Veränderung
	2019	2020		2019	2020	
Rinder	54	57	5,6 %	308	361	17,2 %
Schweine	1	0	-100,0 %	8	0	-100,0 %
Pferde	14	35	150,0 %	14	35	150,0 %
Lamas/Alpakas	1	0	-100,0 %	16	0	-100,0 %
Fische	1	2	100,0 %	5.000 kg	2.350 kg	-53,0 %
Schafe/Ziegen	0	1	- %	0	2	- %
Hunde/Katzen	1	0	-100,0 %	1	0	-100,0 %
Bienen	0	1	-	0 (Völker)	5 (Völker)	- %
gesamt	72	96	33,3 %	347 bzw. 5.000 kg	403 bzw. 2.350 kg	16,1 % -53,0 %

Tabelle: Verbringen von lebenden Tieren in andere EU-Mitgliedstaaten und Exporte in Drittländer

Ferner wurden die in der nachstehend genannten Tabelle aufgeführten tierseuchenrechtli-chen Bescheinigungen ausgefertigt und teilweise Sendungen vor Ort überprüft:

Bescheinigungsart	Anzahl 2019	Anzahl 2020	Veränderung
Exportbescheinigung Tierhaarerzeugnisse ¹⁾	55	49	-10,9 %
Export von Seren und Diagnostika (Handelsbetrieb/Laborbedarf) ¹⁾	67	52	-22,4 %
Export von Rindersperma ²⁾	23	33	43,5 %
Vorzeugnisse für Schweineexporte für nicht im Landkreis Ansbach gelegene Sammelstellen	9	6	-33,3 %
Vorzeugnisse für Rinderexporte für nicht im Landkreis Ansbach gelegene Sammelstellen	18	54	200,0 %
Wanderzeugnisse ¹⁾ für Imker	46	48	4,3 %

Tabelle: Amtstierärztliche Bescheinigungen im Tierseuchenbereich (¹⁾ teilweise Abfertigung vor Ort, ²⁾ Abfertigung vor Ort)

Tierschutz

	2019	2020	Veränderung
Anzahl Kontrollen	403	388	-3,7 %

Tabelle: Tierschutzkontrollen

Die Palette der überprüften Tierhaltungen umfasste Vogelhaltungen, Geflügelhaltungen, Tierhaltungen mit exotischen Tieren, Zierfischhaltungen, Nagetierhaltungen, Hunde- und Katzenhaltungen, Schaf- und Ziegenhaltungen sowie Rinder-, Pferde- und Schweinehaltungen.

Im Rahmen des Vollzugs waren folgende Anordnungen zu treffen

Tierschutz	2019	2020	Veränderung
Ahndung von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz (Bußgeldbescheide)	39	13	-66,7 %
Ahndung von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz (Strafanzeige)	0	1	- %
Ahndung von Verstößen gegen das Abgabeverbot trächtiger Tiere	4	9	125,0 %
Anschreiben Mängelbeseitigung/ Auflagenbescheide	10	23	130,0 %
Befähigungsnachweise nach VO(EG) 1/2005	16	13	-18,8 %
Duldungsanordnungen Tierschutz	6	6	0,0 %
Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 TierSchG	15	11	-26,7 %
Kostenfestsetzungsbescheide Tierschutz	0	4	- %
Sachkundenachweis Tierschutz-Schlacht-VO Art. 7 Abs. 2	8	14	75,0 %
Tierhaltungsverbote	2	2	0,0 %
Tierwegnahme	2	4	100,0 %
Zulassungen als Transporteur nach V(EG) 1/2005	3	11	266,7 %
Zwangsgeldfestsetzungen	12	9	-25,0 %

Tabelle: Anordnungen nach Tierschutzrecht

Tierarzneimittelrecht

Betriebsart	Kontrollen 2019	Kontrollen 2020	Veränderung
landwirtschaftliche Betriebe	30	37	23,3 %
landwirtschaftliche Betriebe Kontrolle 16. AMG-Novelle	13	13	0,0 %
tierärztliche Hausapotheke	14	18	28,6 %
Tierheilpraktiker	0	0	- %

Tabelle: Anzahl tierarzneimittelrechtlicher Kontrollen

Landwirtschaftliche Baupläne sowie Stellungnahmen zu Biogasanlagen

	2019	2020	Veränderung
Stellungnahmen – Anzahl	57	43	-24,6 %

Lebensmittel- und Fleischhygiene/gesundheitlicher Verbraucherschutz

Bestimmungsland	Anzahl der Exporte		
	2019	2020	Veränderung
Bosnien-Herzegowina	123	111	-9,8 %
Georgien	3	3	0,0 %
Kosovo	15	11	-26,7 %
Kuba	0	1	- %
Libanon	3	0	-100,0 %
Mazedonien	22	16	-27,3 %
Montenegro	51	54	5,9 %
Saudi-Arabien	5	4	-20,0 %
Serbien	76	76	0,0 %
Taiwan	1	0	-100,0 %
Thailand	1	0	-100,0 %
Ukraine	2	32	1.500,0 %
Usbekistan	3	4	33,3 %
Gesamt	305	312	2,3 %

Tabelle: Exportabfertigungen für Molkereierzeugnisse (Käse)

NRKP Probenplan

Der Nationale Rückstandskontrollplan (NRKP) ist ein Programm zur Überwachung von Lebensmitteln tierischer Herkunft in verschiedenen Produktionsstufen auf Rückstände von unerwünschten Stoffen. Im Rahmen des NRKP wurden im Jahr 2020 insgesamt 294 Proben gezogen.

Tierart	Ort der Probennahme	Anzahl der Proben		Veränderung
		2019	2020	
Rinder, Schweine	Erzeugerbetrieb	33	29	-12,1 %
Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen	Schlachtbetrieb	160	141	-11,9 %
Geflügel	Erzeugerbetrieb	27	16	-40,7 %
	Schlachtbetrieb	89	85	-4,5 %
Milch von Kühen	Erzeugerbetrieb	17	17	0,0 %
Hühnereier	Erzeugerbetrieb/ Packstelle	0	3	- %
Aquakulturbetrieb	Erzeugerbetrieb	3	3	0,0 %
Honig	Erzeugerbetrieb	1	0	-100,0 %
Gesamt		330	294	-10,9 %

Tabelle: Jahresübersicht für Probenahmen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan (NRKP)

Die Probenahme zur Untersuchung auf Trichinen bei erlegten Wildschweinen durch den amtlichen Tierarzt (TA) bzw. durch den Jagd ausübungsberechtigten (JAB) ist nachfolgend aufgeführt:

	2019	2020	Veränderung
	1.100 Wildschweine	994 Wildschweine	-9,6 %
	TA= 124	TA= 116	-6,5 %
	JAB = 976	JAB = 878	-10,0 %

Entnahme der Trichinenproben durch TA bzw. JAB

Alle Betriebe, die Lebensmittel in Verkehr bringen, werden von den Lebensmittelüberwachungsbeamten nach einem risikoorientierten Kontrollansatz, teilweise auch mehrmals pro Jahr, überprüft.

	Anzahl 2019	Anzahl 2020	Veränderung
Anzahl der zu überwachenden Betriebe insgesamt	2.797	2.793	-0,1 %
Betriebskontrollen insgesamt	2.482	1.813	-27,0 %
mit Amtstierarzt	107	84	-21,5 %
Probenahmen	677	392	-42,1 %

Tabelle: Anzahl der LM- Betriebe und durchgeführte Kontrollen einschließlich Probenahmen

Futtermittel

Bei Futtermittelherstellern, dem Landhandel und in landwirtschaftlichen Betrieben wurden insgesamt 92 Futtermittelplanproben entnommen:

Probeentnahmeort	Anzahl 2019	Anzahl 2020	Veränderung
Herstellungsbetrieb	53	61	15,1 %
Futtermittelhändler	9	10	11,1 %
landwirtschaftlicher Betrieb	45	21	-53,3 %
Gesamt	107	92	-14,0 %

Dr. Jürgen Ludwig
Landrat